

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 7. Sitzung des Einwohnerrats Allschwil (Amtsperiode 2024-2028)

Sitzungsdatum:	22. Januar 2025
Sitzungsort:	Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer:	18.00 – 21.25 Uhr

Präsenz Einwohnerrat:	Vorsitz	Stephan Wolf, Präsident Einwohnerrat Gemäss Präsenzliste
Gemeinderat:		Franz Vogt, Präsident Andreas Bammatter (entschuldigt) Biljana Grasarevic Philippe Hofmann Christoph Morat Silvia Stucki Robert Vogt
Gemeindeverwaltung:		Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung Rudolf Spinnler, Jurist Mirjam Glaner, Volontärin
Anwesend:		Mark Aellen, René Amstutz, Dominik Baumgartner, Lea Blattner, Lea Butscher, Melanie Butz, Mehmet Can, Tatjana Despotovic, Matthieu Dobler Paganoni, Elena Elser, Flavio Fehr, Noëmi Feitsma, Matthias Häuptli, Martin Imoberdorf, Nico Jonasch, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Anne-Sophie Metz, Niklaus Morat, Laura Neuhaus, Urs Poživil, Corinne Probst, Philipp Reck, Alfred Rellstab, Miriam Schaub, Lucca Schulz, Louis Seifried, Romina Stefanizzi, Tobias Stöcklin, Simon Trinkler, Iracema Tirant, Henry Vogt, Jörg Walder, Olivier Waldner, Stephan Wolf
Entschuldigt:		Hanna Kirchhofer, Patrick Kneubühler, Anja Oser, Tim Söllick, Florian Spiegel
2/3-Mehrheit:		18.00 Uhr 34 Anwesende = 23 18.10 Uhr 35 Anwesende = 24 21.05 Uhr 34 Anwesende = 23 21.20 Uhr 33 Anwesende = 22

Bereinigte Traktandenliste

FIX: 18.00 Uhr Präsentation Fuss- und Veloverkehrskonzept Allschwil
--

Traktanden:

1. Wahl eines Mitglieds in das **Wahlbüro**, anstelle des am 31.1.2025 zurücktretenden Simon Zimmermann, SVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2028)
Wahlvorschlag: Alessandra Zoia
Geschäft 4764
2. Bericht des Gemeinderates vom 23.10.2024, zur Motion von Matthias Häuptli und Christian Jucker, GLP, vom 23.1.2024, betreffend **Überbordende Knallerei stoppen**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann
Geschäft 4711 / A
3. Bericht des Gemeinderates vom 13.11.2024, zum Postulat von Noëmi Feitsma, SP-Fraktion, und Miriam Schaub, Grüne, vom 20.3.2024, betreffend **Sicherheit von Kindergarten- und Primarschulkindern: Kantonsstrassen**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann
Geschäft 4726 / A
4. Interpellation von Lucca Schulz, SP-Fraktion, vom 4.9.2024, betreffend **Autoposing**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann
Geschäft 4747 / A
5. Interpellation von Christian Jucker und Hanna Kirchhofer, GLP, betreffend vom 30.9.2024 betreffend **Kunststoffrecycling**
Geschäftsvertretung: GR Biljana Grasarevic
Geschäft 4754 / A
6. Motion von Lucca Schulz, SP-Fraktion, vom 1.9.2024, betreffend **Sinnvolle Kriterien zur Ausrichtung der kommunalen Winterzulage**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt
Geschäft 4746
7. Postulat von Noëmi Feitsma-Wirz, SP-Fraktion, vom 11.9.2024, betreffend **E-Rikscha Ausleihe für Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann
Geschäft 4749
8. Postulat von Christian Jucker, GLP, vom 30.9.2024, betreffend **Fernwärmeversorgung Dorfkern**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: Biljana Grasarevic
Geschäft 4753
9. Motion von Christian Jucker, Hanna Kirchhofer und Matthias Häuptli, GLP, vom 30.9.2024, betreffend **Einführung Tempo 30 beim Schulhaus Schönenbuchstrasse**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann
Geschäft 4755
10. Motion von Christian Jucker, GLP, vom 7.10.2024, betreffend **Transparenz im Stellenplan v2.0: Einbezug privatrechtlicher Anstellungen**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt
Geschäft 4757

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 6 vom 22. Januar 2025

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Stephan Wolf

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Stephan Wolf, Präsident: Liebe Einwohnerratskolleginnen und Einwohnerratskollegen. Ich bitte euch alle, Platz zu nehmen. Selbstverständlich bitte ich auch den Gemeinderat, Platz zu nehmen, damit wir beginnen können. Ich begrüsse euch ganz herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung und möchte euch an dieser Stelle, nachdem es die erste Sitzung in diesem neuen Jahr ist, alles Gute zum neuen Jahr wünschen, auch wenn die übliche Karenzfrist, nämlich der Dreikönigstag, eigentlich bereits vergangen ist. Entschuldigt für heute haben sich Patrick Kneubühler, Florian Spiegel, Tim Söllick, Hanna Kirchhofer, Anja Oser und Gemeinderat Andreas Bammatter. Verspätungsmeldungen sind bei mir bis jetzt noch keine eingetroffen. Gibt es noch weitere Entschuldigungen oder Verspätungen, die nicht bis zu mir durchgedrungen sind? Das ist nicht der Fall. Ich bitte Ruedi Spinnler, die Präsenzkontrolle durchzuführen. – Danke vielmals, Ruedi Spinnler, für die Präsenzkontrolle. Ich möchte selbstverständlich auch das Publikum, welches heute anwesend ist, und auch die Vertreter der Medien begrüssen.

Eine Information zur Zusammensetzung des Büros: Tim Söllick ist heute, wie ich bereits bei den Entschuldigungen erwähnt habe, leider verhindert. D. h. als 2. Vizepräsident ad interim amtiert heute Fredy Rellstab und als Stimmzählerin Iracema Tirant. Wie Sie bereits auf der Einladung zur heutigen Einwohnerratssitzung sehen konnten, grau umrandet zuvorderst bei der Traktandenliste, findet heute noch eine Präsentation des Fuss- und Veloverkehrskonzept in Allschwil statt. Und zwar wird es extern präsentiert von Nico Riwar, der metron Verkehrsplanung AG. Die Unterlagen dazu haben Sie heute auf Ihrem Tisch vorliegend.

Nach der Sitzung den Saal wiederum zügig verlassen, damit er aufgeräumt werden kann. Es wird selbstverständlich wieder möglich sein, im Foyer weiterzudiskutieren. Ich habe noch eine Bitte, die mir

der Ratsweibel zugetragen hat. Und zwar geht es um die gelben und blauen Stimmkarten. Sie erfüllen eine wichtige Funktion und werden in der Regel auch wiederverwertet. Deshalb bitten wir euch, sie am Schluss der Sitzung möglichst unversehrt zurückzulassen und keine Papierflieger, -schiffli oder was auch immer daraus zu falten. Auch wenn ich zugeben muss, dass die letzten beiden Schwäne, die wir vorgefunden haben, sehr kunstvoll gestaltet waren und Anerkennung und keinen Rüffel verdient haben. Das ist auch der Grund, weshalb es jetzt nicht als Rüffel vorgetragen wird, sondern als Bitte vom Ratsweibel.

Wie gesagt, würde ich nun gerne mit der Präsentation beginnen und übergebe das Wort an Nico Riwar. *[alle Dokumente zum Fuss- und Veloverkehrskonzept: <https://www.allschwil.ch/de/aktuelles/Fuss-und-Veloverkehr/>]*

PRÄSENTATION

Fuss- und Veloverkehrskonzept Gemeinde Allschwil

Nico Riwar, metron: Danke vielmals für die Vorstellung. Es freut uns sehr, dass wir das Konzept vorstellen dürfen. Wir haben die Präsentation im Schnellabriss über das gesamte Konzept aufgebaut. Inhaltlich werden Sie den ganzen Bericht mit allen Plänen dazu noch erhalten. Die Aufteilung der Präsentation für heute ist eine kurze Einleitung, dann zum Zielbild, die Netzkonzeption, die durchgeführte Schwachstellenanalyse – einen Einblick, was dabei herauskam, und abschliessen würde ich mit den Massnahmen.

Ich starte immer gerne mit dieser Folie, einfach, weil sie so einfach und plakativ ist und trotzdem recht gut aufzeigt, wie gross das **Fussverkehrspotenzial** ist. Sie zeigt die Weite, die man innert 15 Minuten zu Fuss erreicht. Es ist ziemlich eindrücklich, dass man einen recht grossen Teil des Siedlungsgebietes damit abdeckt. Und zeigt auch ein wenig das Potenzial auf, die in der Gemeinde vorhanden ist, insofern dass es relativ flach ist und man relativ weit kommt. Dasselbe hier mit dem **Veloverkehrspotenzial**. Auf der linken Seite sieht man, wie weit man innert fünf Minuten kommt, man deckt bereits viel des Siedlungsgebietes ab. Und auf der rechten Seite sieht man die 15-Minuten-Reichweite. Damit kommt man wirklich sehr weit, weit bis Basel rein. Dies war die Basis, die wir für das Fuss-/Velokonzept mitgenommen haben. Wie erwähnt, es ist ein Abriss, relativ schnell. Das Ziel war etwas Wichtiges, welches wir dann auch erarbeitet haben und auch mit der Verwaltung abgestimmt haben. Das Ziel wäre, dass man eigentlich eine Erhöhung des Fuss- und Veloverkehrsanteil spürt und auch sichtbar macht. Dabei ist das Ziel, dass man alle Gruppen, also alle Personen, die sich in Allschwil bewegen, anspricht. D. h. nun nicht beim Veloverkehr z. B. nur die Schnellen anzusprechen, sondern eigentlich gerade auch jene, welche unsicher, ungeübt sind. Das ist bestimmt ein grosses Ziel. Dabei möchte man natürlich das **Verlagerungspotenzial** erreichen. Man möchte also die Leute abholen, die heute z. B. eben gerade für kurze Distanzen ein Auto benutzen, und sie aufs Velo bringen. Da ist bestimmt ein grosses Potenzial vorhanden.

Der erste Step, den wir unternommen haben, war das Erstellen eines **Strukturbilds** für den **Fussverkehr** und eines für den Veloverkehr. Dieses ist für den Fussverkehr. Es ist relativ einfach aufgezeigt, man sieht die blauen Linien, die das sog. Hauptnetz zeigen, die grössten Potenziale, daran hängt am meisten, die meisten Nutzungen. Darin sieht man eigentlich diese in grau dargestellten Kammern. Viele sind Wohngebiete, in denen natürlich die Feinerschliessung essenziell ist. Man sieht es besser auf dem Netzplan, auf der nächsten Folie, basierend auf dem Strassen- und Wegnetzplan, wie feingliedrig ein solches Netz aussehen könnte. Vielleicht ganz kurz als Erläuterung: Das Dunkelblau wäre das angesprochene Hauptverkehrsnetz, in Grün so gewissermassen das Basisnetz, welches der Feinerschliessung dient. Bei den Pfeilen sieht man die **Netzlücken**. Dies sind Orte, an denen eine Verbindung interessant wäre, die es aber heute faktisch nicht gibt. Ergänzt haben wir auch noch private Wege, die im Netz heute genutzt werden, aber natürlich rechtlich umstritten sind.

Zur **Struktur Veloverkehr** haben wir auch ein solches Bild erstellt. Hierbei gleich vorausgeschickt, was wichtig ist: Wir haben es immer zusammen mit dem kantonalen Netz gedacht. Man sieht es auf der nächsten Folie, das kantonale Velonetz ist relativ dicht. Dementsprechend war uns klar, dass man es zusammen denken muss. Grundsätzlich ist die Idee des Strukturbilds natürlich die Verbindung vom Dorfkern, mit den Entwicklungsgebieten Bachgraben, Binningerstrasse, und natürlich mit den umliegenden Gemeinden, also z. B. mit der Stadt Basel, und dies auf unterschiedliche Art und Weise. Dies sieht man auf der nächsten Folie mit den **unterschiedlichen Routentypen**. Es gibt natürlich parallele

Achsen zu diesen Achsen, die verdichtend wirken, die auch noch einmal eine erschliessende Funktion haben, eben gerade in die Wohnquartiere rein.

Auf der nächsten Folie sieht man, was dies im Netz bedeutet. Die rote Linie ist die Velovorzugsroute des Kantons, die auf der Parkallee vorgesehen ist. Zudem haben wir zwei kantonale Haupttrouten in dunkelblau und in hellblau das Basisnetz. Nun sieht man, wie die grünen Linien, das ist das kommunale Netz, welches genauso verbindend, verdichtend wirkt, kleinere Nutzungen mit weniger Potenzial anbindet, und auf diese Weise eigentlich das Netz stark eindichtet.

Basierend auf dem Netz, welches man verabschiedet hat, führte man eine **Schwachstellenanalyse** durch. Das muss man sich so vorstellen, dass man eigentlich mindestens zu zweit rausging und wirklich vor Ort die Räume beging und dann eine fachliche Einschätzung vornahm, wo es Schwachstellen gibt. Hier sieht man den Veloverkehr, bei dem wir 35 Schwachstellen festgestellt haben. Meistens waren es Strecken, d. h. es fehlt z. B. ein Velostreifen auf bestimmten Abschnitten oder es gibt Einengungen. Was dazu noch wichtig zu sagen ist: Man hat die Schwachstellenanalyse auf der Basis vorgenommen, auf der noch Tempo 50 vorherrscht. Mit Tempo 30, das nun kommen sollte, kann man von den 35 Schwachstellen ungefähr 21 schon mal beheben. D. h. darin liegt ein recht grosses Potenzial. Weitere Schwachstellen können auch einfach mit klassischen Strassensanierungsprojekten behoben werden. Wichtig dabei ist sicher, dass man es im Blick hat, es mitdenkt.

Dasselbe haben wir natürlich **auch für den Fussverkehr** gemacht. Dort gibt es klassischerweise immer mehr **Schwachstellen**, in diesem Fall sind es 77 Schwachstellen, mehrheitlich punktuelle und Konfliktstrecken. Was am häufigsten vorkommt, sind wirklich schmale oder wirklich sehr schmale Trottoirs.

Der letzte Teil war die Ausarbeitung eines **Massnahmenkonzepts**. Dieses ist auf die folgenden Themen abgestützt:

- Infrastruktur
- Verkehrskultur
- Planungskultur
- Monitoring und Controlling

Auf dieser Folie sieht man nun so quasi die verschiedenen Massnahmen, die man verortet hat. Rechts daneben immer auch der Umsetzungshorizont. Beispielsweise wäre bei der Infrastruktur die Umsetzung der zwei Netze bis 2035 vorgesehen. Ein weiteres Beispiel ist auch, dass man ein Sharing-Konzept etablieren könnte. Das wäre eher etwas, was man kurzfristig machen würde.

Bei der Verkehrskultur geht es eher darum, dass man z. B. Förderkampagnen machen könnte. Oder, als Beispiel darin ist auch die Einführung einer Veloprüfung, damit die Leute auch schon relativ früh mit dem Velofahren in Kontakt kommen.

Bei der Planungskultur geht es eher darum, dass man sie in der Verwaltung auch verankert. Es geht einerseits um Verantwortung. Es ist etwas, was man relativ schnell haben könnte. Andererseits geht es auch z. B. darum, dass man bereit ist, mal etwas auszuprobieren und einen Pilotversuch durchführt, mit welchem man vielleicht Erfahrungen sammelt und dann wieder zurück buchstabieren muss oder dann auch etwas längerfristig umsetzt.

Als letzter Punkt stehen das Monitoring und Controlling. Das sind wichtige Elemente, damit man auch am Ball bleibt.

Ein Blick vielleicht noch in eine Massnahme – alle sind im Bericht [unter: <https://www.all-schwil.ch/de/aktuelles/Fuss-und-Veloverkehr/>] ausführlich beschrieben. Wir haben auch **Querschnitte** aufgezeichnet, Beispiele als Hilfestellung, mit denen man mal eine Vorstellung erhält, wie nun etwa ein Strassenraum aussehen könnte. Auf der linken Seite sieht man einen Strassenraum oder einen Beispielquerschnitt von neun Metern mit Gegenverkehr. Dieser könnte nun z. B. mit beidseitigem Trottoir ausgestaltet werden. Es ist aber z. B. auch ein Trottoir mit einer Baumsetzung denkbar. Auf der rechten Seite noch ein Beispiel mit Einbahn und mit einem Querschnitt von zehn Metern. Dies eher so als Hilfestellung, einfach mal zum Mitgeben. Wichtig ist sicher, dass man jeden Strassenraum separat betrachtet und dann entsprechend reagiert.

Das wäre es meinerseits bereits gewesen. Falls es Fragen gibt – gerne!

ENDE PRÄSENTATION

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Nico Riwar. Wenn es noch Ergänzungs- oder Erläuterungsfragen gibt, dann werde ich diese sehr gerne zulassen. Aber es geht, wie zuvor erwähnt, nur um Ergänzungs- und Erläuterungsfragen, nicht um eine politische Debatte. In diesem Sinn meine Frage an den Rat: Gibt es Fragen, die gestellt werden möchten? Das ist nicht der Fall. Dann danke ich Nico Riwar bestens für die Präsentation. Somit können Sie verfügen oder selbstverständlich, wenn Sie möchten, der Einwohnerratssitzung als Zuschauer beiwohnen.

Ich fahre gerne weiter mit den dringlichen Interpellationen und den dringlichen Postulaten. Das kann ich relativ kurz machen: Es liegen mir keine vor. Ich möchte den Rat trotzdem anfragen, ob welche eingereicht wurden und nur bislang nicht bis zu mir gelangt sind. Aber dies scheint offenbar nicht der Fall zu sein. Demgegenüber haben wir übrige **Vorstösse**. Einerseits das

- Einwohnerratsgeschäft **4769**, Interpellation von René Amstutz, Grüne, zum Thema **Winterdienst auf Trottoirs – Aufgabe der Gemeinde?** Diese Interpellation liegt auf dem Visualizer auf.

Ich möchte René Amstutz fragen, ob er etwas zu dieser Interpellation sagen möchte. Das ist nicht der Fall, er schüttelt mit dem Kopf. So komme ich schon zur nächsten Interpellation, die einging. Das ist

- Einwohnerratsgeschäft **4770**, Interpellation von Christian Jucker und Matthias Häuptli, Grünliberale Partei, zum Thema **Rückforderung rechtmässig geleisteter Zusatzbeiträge zu den Ergänzungsleistungen**. Auch diese liegt hinten auf dem Visualizer auf.

Ich möchte gerne Christian Jucker und / oder Matthias Häuptli fragen, ob sie etwas dazu sagen möchten. Das ist der Fall, somit gebe ich das Wort gerne an Christian Jucker.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Rat. Ich möchte einfach schnell sagen: Eigentlich haben wir überlegt, ob wir es dringend eingeben, möchten nun die laufende Sitzung nicht unbedingt stören und der Beantwortung auch genügend Raum geben. Grundsätzlich aber drängt die Beantwortung dieser Interpellation, denn es gibt verschiedenste Fristen, die nun laufen. Gerade im Speziellen, wenn man versuchen möchte, solche Beiträge im Nachhinein wieder zurückzufordern oder noch die Hand darauf zu heben, wo es gerade läuft. Deshalb bitten wir die Gemeinde trotzdem, sie schnell, also so dringend wie möglich abzuwickeln. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Christian Jucker. Ich komme zu einer weiteren Interpellation, die noch keine Verfahrensnummer oder Geschäftsnummer hat, mir ist zumindest keine bekannt. *[im Nachhinein bekannt: 4771]*

- Interpellation von Urs Poživil, FDP, zum Thema **Administrative Kosten Kinder- und Jugendzahnpflege**. Diese Interpellation liegt nun auch auf dem Visualizer.

Ich möchte Urs Poživil gerne anfragen, ob er noch etwas dazu sagen möchte. Er schüttelt mit dem Kopf. Damit ist es nicht der Fall.

Weitere Vorstösse liegen mir keine vor. Aber auch hier möchte ich den Rat noch vorsichtshalber anfragen: Hat jemand einen Vorstoss eingereicht, der bisher nicht bis zu mir gelangt ist? Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur **Bereinigung der Traktandenliste**. Ich stelle zuerst fest, dass die Traktandenliste rechtzeitig allen zugestellt wurde. Ich möchte den Einwohnerrat fragen, ob Änderungsanträge zu dieser Traktandenliste vorliegen. Wie zuvor erwähnt, kann man nur die Reihenfolge verändern oder einzelne Traktanden streichen, aber keine neuen hinzufügen. Gibt es solche Änderungsanträge? Das ist offenkundig nicht der Fall. Somit kann ich feststellen, dass die **Traktandenliste in vorliegender Form genehmigt** ist. Somit möchte ich gemäss dieser Traktandenliste sogleich weiterfahren.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitglieds in das Wahlbüro anstelle
des am 31.1.2025 zurücktretenden Simon Zimmermann, SVP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2028)
Wahlvorschlag: Alessandra Zoia, Geschäft 4764

Stephan Wolf, Präsident: Ich frage den Rat an, ob es noch weitere Wahlvorschläge gibt. Das ist nicht der Fall. Die weitere Frage: Ist stille Wahl der Alessandra Zoia bestritten? Auch dies ist nicht der Fall. Somit gratuliere ich Alessandra Zoia an dieser Stelle zur Wahl ins Wahlbüro.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 23.10.2024, zur Motion
von Matthias Häuptli und Christian Jucker, GLP, vom 23.1.2024, betreffend
Überbordende Knallerei stoppen
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4711 / A

Stephan Wolf, Präsident: Die Rednerreihenfolge gemäss Geschäftsreglement § 75 sieht folgendermassen aus, dass zuerst die beiden antragstellenden Personen das Wort erhalten, anschliessend Gemeinderat Philippe Hofmann, dann die Vertreter der Fraktionen und schliesslich die allgemeine Rednerliste. In diesem Sinn möchte ich gerne das Wort an Matthias Häuptli oder Christian Jucker erteilen. Ich weiss nicht, wer von euch es möchte ... gerne gebe ich das Wort Matthias Häuptli.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Der Gemeinderat hat im Bericht vom Oktober geschrieben, er wisse nicht so recht, weshalb man überhaupt die Motion noch behandeln müsse; wir hätten nun das Polizeireglement geändert und zumindest zum Teil das Anliegen der Motion erfüllt. Ja, das hätte man im Oktober tatsächlich so denken können. Doch dann hat sich der Gemeinderat aus Gründen, die bis jetzt seine Geheimnisse sind, entschlossen, das Polizeireglement so auszulegen, dass eigentlich jeder, der will, eine Bewilligung für Feuerwerk auch an Silvester erhält, und hat die Bevölkerung eingeladen, solche Bewilligungen einzufordern, und verkündete, es sei doch an Silvester nicht etwa verboten, Feuerwerk abzulassen, man müsse einfach eine Bewilligung haben. Damit wurde natürlich der Sinn und Zweck von dem, was der Einwohnerrat schon bei der Revision des Polizeireglements beschlossen hatte, komplett unterlaufen. Ich glaube, die Entwicklung zeigt nun, dass die Motion eben nicht erfüllt ist. Deshalb beantrage ich Ihnen, beantragen wir Ihnen, die Motion nicht abzuschreiben. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Matthias Häuptli. Ich übergebe das Wort an Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Ihnen liegt das Geschäft 4711, die Beantwortung der GLP-Motion mit dem Titel «überbordende Knallerei stoppen», vor. Die Beantwortung ist schriftlich. Ich gehe davon aus, dass Sie alle diese auch gelesen haben. Nun, es wurde gesagt, ich gehe spontan darauf ein, der Gemeinderat habe die Bevölkerung eingeladen. Von einer Einladung weiss ich nichts, schliesslich musste ich auch persönlich Red und Antwort gegenüber den Medien stehen. Das ist eine absolute Falschauslegung der geschriebenen Worte. Schliesslich muss man auch sagen, dass die Allschwiler Bevölkerung dieser Einladung keineswegs nachkam, denn genau 21 Leute aus der Bevölkerung haben eine solche Bewilligung gestellt. Das wäre wahrscheinlich ein Pörmchen. Somit wäre es wirkungslos verpufft, wenn ich tatsächlich eine Bewilligung als Einladung hätte formulieren wollen. Es war nicht so. Wir haben versucht, in einem möglichen Rahmen, und zwar im Rahmen der Bewilligung, so wie es angedacht war, die Bewilligungen so auszustellen, die man angehen konnte, dass man sich seiner Pflicht nachgekommen ist, weil man ja gesagt hat, dass es eben bewilligungspflichtig ist. Nichts anderes hat der Gemeinderat getan, als der Verwaltung den Auftrag übertragen, es so durchzuführen, wie es eigentlich bestimmt worden ist.

Nun, weshalb ist diese Motion noch vorliegend? Tatsächlich erschliesst sich das dem Gemeinderat wirklich nicht ganz. Jedenfalls Stand Oktober haben wir es so formuliert. Wir müssten auch jetzt wieder darauf hinweisen, dass das, was in dieser Diskussion besprochen wurde, im Sinn von einem Kompromiss, welcher der Rat nach langem Hin und Her beraten hatte, eigentlich im Polizeireglement erfüllt wurde. Es war in dieser Ratssitzung, ich mag mich erinnern. Zum Schluss gab es einen Kompromiss, mit dem wir meiner Meinung nach alle leben können. Es ging auch direkt an die Adresse der GLP die Frage, ob sie diese Motion nicht zurückziehen können. Sie ist nun einfach stehen geblieben und deshalb haben wir sie jetzt, was wir hier machen können.

Wir haben gesagt, und das steht so drin: Das Abbrennen von Feuerwerk an Silvester ist grundsätzlich nicht gestattet. Es ist grundsätzlich nicht gestattet. So. Was wir aber gesagt haben, ist, für jene, die es gerne tun möchten, gibt es eine Bewilligung. Nur wer eine Bewilligung hat, darf Feuerwerk ablassen. Wenn es nun, wie es an Silvester war, tatsächlich eine masslose Knallerei gab, ändert dies an der Bewilligungspflicht nämlich nichts. Das zeigt einfach, dass sich ein Grossteil schlichtweg darum foutiert, ob man eine Bewilligung haben musste oder nicht. Ob es nun im Polizeireglement so drinsteht oder ob ich es als eine Einladung ausgegeben habe oder nicht, ist Interpretationssache. Meine Leseart dieser Geschichte ist eigentlich, wir haben es getan. 21 Leute haben sich darangehalten, wollten es, so wie wir es vorgesehen haben, richtig machen. Und ein Grossteil – davon haben wir noch ein paar erwischt – hat einfach wild drauflos geböllert. Polizeireglement hin oder her, Motion hin oder her. Das ist ärgerlich, das gebe ich zu, es ärgert auch mich. So.

Zum Schluss möchte ich aber gerne noch sagen: Was wir machen können, ist nun einfach: Wir haben das vorhandene Reglement. Wir haben es nun einmal durchgeführt. Wir wissen bereits, was wir im nächsten Jahr besser machen werden. Es gibt nämlich einiges, um es besser zu machen. Man muss es aber auch in einem Gesamtkonzept sehen. Es gibt dann noch diese Volksinitiative, die kommen wird. Wie am 16. Oktober 2024 vom Bundesrat, Volk und den Ständen bereits empfohlen, soll die Initiative ohne Gegenvorschlag abgelehnt werden. Es wird also auch hier noch zu einer Abstimmung. Es wäre nun auch nicht im Sinn von uns und auch nicht vom Gemeinderat von Allschwil, dass man auf kommunaler Ebene irgendetwas vorgeifen würde, was dann in Subordination irgendwie später auf Bundesebene anders entschieden werden würde und angepasst werden müsste. Ich sehe daher keine Notwendigkeit, dass wir noch einmal in diesem Polizeireglement eine Änderung vornehmen. Deshalb beantragt Ihnen der Gemeinderat auch, das Geschäft 4711, wie vorliegend, als erledigt abzuschreiben. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke schön vielmals, Philippe Hofmann. Dann würden wir jetzt mit der Rednerliste weiterfahren. Zuerst die Vertretungen der Fraktionen und anschliessend die allgemeine Rednerliste. In diesem Sinn möchte ich den 1. Vizepräsidenten, Mehmet Can, bitten, die Rednerliste zu führen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Noëmi, Sie haben das Wort.

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Wir sind tatsächlich überzeugt, der grundsätzliche Antrag der Motion ist erfüllt. Er ist im Polizeireglement aufgenommen. Wo ich aber Matthias Häuptli absolut recht gebe, ist, dass die Beschilderung katastrophal umgesetzt wurde. Als allererster Satz steht: *«Feuerwerk ist in Allschwil nicht verboten.»* Als ich dies gesehen habe, und ich habe es weitergelesen, aber fragte mich schon, wie viele Leute denn effektiv weiterlesen. Ich verstehe nicht, weshalb man es nicht so umsetzen kann, wie es der Einwohnerrat wünschte, und einfach Verbotschilder aufstellt. Und zwar auch in jenen Regionen, wo vielleicht Leute nach Allschwil kommen, die nicht aus Allschwil kommen und nicht das AWB lesen. Z. B. beim Allschwiler Weiher, damit auch jemand, der abends von Basel nach Allschwil kommt, weiss, dass man kein Feuerwerk ablassen darf, wenn man keine Bewilligung hat.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Christian Jucker!

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Rat. Ich spreche für die EVP/GLP/Grüne-Fraktion. Auch uns fiel dasselbe auf, also wirklich ein schelmisch verboses Denken. Wir haben in Liestal genau denselben Text mit der Bewilligungspflicht im Polizeireglement. Dort steht auf den Plakaten eindeutig: *«Feuerwerk ist verboten.»* Es steht nicht irgendetwas, man könne irgendwo eine Unterschrift und eine Bewilligung einholen. Für mich ist es wirklich in der Kategorie schlechteste Gemeindenkommunikationen bestimmt auf den ersten drei Plätzen anzusiedeln. Ich habe so etwas noch nie gesehen. Der Text ist nicht lesbar, er ist nicht empfängergerecht. Denn es geht darum, wer Feuerwerk ablässt. Mit diesen muss man kommunizieren, nicht mit einem juristisch

gepflegten Bürger, der sich für diese Dinge, für Details interessiert, sondern man muss sich mit jenen Leuten in Kontakt setzen, die dann auch Feuerwerk ablassen wollen. Insofern möchten wir diese Motion weiterhin überweisen, damit man entweder den Text anpassen kann, dass man die Frage nach den Bewilligungen gar nicht mehr haben muss, oder mindestens nächstes Jahr vernünftig kommuniziert. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Philippe Hofmann, Sie haben das Wort.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Danke schön für die beiden Voten. Ich muss Christian Jucker absolut recht geben, dass das Plakat eine absolute Katastrophe ist – voll und ganz, leider stimmt das. Dementsprechend, was ich zuvor bereits erwähnte, sind Massnahmen erkannt, die besser gemacht werden müssen. Dieses Plakat gehört dazu. Ich habe mich über dieses Plakat geärgert. Denn dort steht ein zehn-Millionen-langer Text, den kein Mensch liest, und es steht ein Sermon drauf. Ich kann das hier in aller Öffentlichkeit sagen, im nächsten Jahr gibt es ein anderes Plakat, das ist sonnenklar. Und zwar steht auch nicht drauf, dass es verboten ist, denn es ist nämlich nicht verboten, sondern es ist bewilligungspflichtig. Dann wird es auch richtig formuliert draufstehen. Es ist mir ein persönliches Anliegen, dass wir es richtig formulieren. Punktgenau in riesengrossen Lettern den Satz, was genau ist. Nicht mehr und nicht weniger. Damit hat sich's. Dies müssen wir sicher besser machen, die Kommunikation ging komplett in die Hose, ich möchte es in keiner Weise abstreiten.

Trotzdem, das Problem ist erkannt, wir können es aufnehmen. Es gibt zwei, drei weitere, für die wir bereits wissen, was wir unternehmen werden. Weiteren Evaluationen sind wir sicher nicht abgeneigt, damit wir es noch in Erwägung ziehen können. Wenn die Motion aber stehenbleibt, ändert sich nichts an der Tatsache, das macht es nicht besser. Deshalb kann man die Motion jetzt getrost abschliessen. Wenn man noch gerne etwas in die Verbesserung, in die praktische Arbeit einbringen will, bin ich der richtige Adressat, der es an die Abteilung Sicherheit weiterleiten wird. Wir sind aber der Meinung, wir haben gesehen, was wir falsch gemacht haben und was wir besser machen können.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Henry Vogt!

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich finde, der letzte Silvester war ein schöner Silvester, den ich in Allschwil, am Lettenweg auf einer Dachterrasse verbracht habe. Es war schön. Ich hatte keinen Grund, mich zu echauffieren, wegen irgendwelchen Plakaten oder irgendwelcher Knallerei. Es ist so, dass der Gemeinderat nun entsprechend erwähnte, dass Verbesserungspotenzial vorhanden ist, dass wir es anders machen können oder sie es auf nächstes Jahr bestimmt anders machen werden. Geben wir doch dem Gemeinderat diese Chance, damit sie es auch beweisen können. Wir von der SVP werden dieses Geschäft auf jeden Fall abschliessen. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Lucca Schulz!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Mich würde noch interessieren, wobei ich denke, die Antwort des zuständigen Gemeinderats würde in gewisser Hinsicht auch Vertrauen schaffen: Was sind denn nun noch die anderen Punkte, bei denen man Verbesserungspotenzial gesehen hat und was ist angedacht? Wenn man es jetzt hier erwähnt, könnte man auch in einem Jahr dann fragen, ob es tatsächlich gemacht wird, oder ob es nun einfach ein wenig heisse Luft war.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Philippe Hofmann!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Lucca Schulz. Danke schön auch für diese Frage. Diese kann ich an dieser Stelle bis jetzt nicht beantworten, denn es ist bislang nicht alles, was wir gemacht haben, spruchreif. Ihr bekommt von mir dann eine Antwort, wenn wir genau wissen, welche Massnahmen wir wie umsetzen können. Es hat auch mit den Personen zu tun, es hat mit anderen Sachen, die wir machen müssen, zu tun, wie es genau aussehen wird. Ich nehme es aber mit. Ich betrachte es als Auftrag, dass wir an einer der nächsten Einwohnerratssitzungen klar darüber informieren. Was wir bestimmt auch wieder machen werden, ist, wie wir es beim Vorgehen bereits für Silvester gemacht haben, dass ich es als Gemeinderat im Info-Fenster noch einmal erwähnen werde, bevor Silvester ist, was genau wir umsetzen werden. Ich nehme es mit. Ich würde sagen, ich mache das Angebot, dass wir alles zusammentragen, dann werden wir eine saubere Liste haben und man kann informieren. Im Verlauf der nächsten paar Sitzungen wird es vorliegen. Ich hoffe, dies wird genügend Vertrauen schaffen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Frau Miriam Schaub!

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe dieser Diskussion nun zugehört. Ich möchte einfach noch einmal daran erinnern: Die Begründung für die Bewilligungspflicht war, dass es Lärm und Feinstaub verursacht. Wenn man sich an die letzte Diskussion im Rat zum Polizeireglement erinnert, gab es sehr viele Leute im Rat, die sich ab der Knallei stören, und es gibt auch in der Bevölkerung sehr viele Leute, die sich daran stören. Insofern, wenn ich heute zuhöre, könnte man meinen, es ginge einfach darum, die Leute mit einer Bewilligung zu schikanieren. Dies war, glaube ich, nicht die Idee, sondern dass es wirklich eingeschränkt wird. Demnach müssten wir uns fragen, ob eine Bewilligung ein genügend starkes Instrument ist für das, was wir eigentlich wollten.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Matthias Häuptli!

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es wurde nun viel über Kommunikation gesprochen. Diese war sicher besonders unglücklich. Dies ist aber nicht die ganze Geschichte. Bis jetzt ging ich davon aus, und wahrscheinlich viele andere auch, dass die Bewilligungspflicht in dem Sinn zu verstehen ist, dass das Verbot, welches im Polizeireglement steht, kein absolutes und ohne Ausnahmen ist, sondern dass, wenn man irgendwie spezielle Gründe hat, dies mag ein Dorffest oder eine grössere Veranstaltung sein, man durchaus eine Bewilligung beim Gemeinderat beantragen und erhalten kann. Die Krux ist, dass das Polizeireglement jetzt so ausgelegt wird, dass man eigentlich voraussetzungslos eine Bewilligung erhält. Ich hätte erwartet, dass der Gemeinderat im Rahmen seines Ermessens sagt, wir stellen gewisse Kriterien auf, wofür es eine Bewilligung gibt. Einfach nur, dass Silvester ist, gehört nicht dazu. An Silvester gibt es grundsätzlich keine Bewilligungen, sondern man muss sonst, ausserhalb dieser Tage, an denen üblicherweise geknallt wird, einen speziellen Grund haben. Wenn man natürlich beginnt, an einem Tag Bewilligungen zu erteilen, ist klar, dann ist gewissermassen der Damm gebrochen, dann kann man gar nicht mehr kontrollieren, wer ein Feuerwerk mit oder ohne Bewilligung ablässt. Es ist vollkommen unmöglich, nachdem man zwanzig Bewilligungen erteilt hat zu wissen, welche Rakete nun eine Bewilligung hat oder nicht. Dass man es einschränkt oder eben kein Feuerwerk an Silvester hat, funktioniert nur, indem man zu einer bestimmten Zeit überhaupt keine Bewilligungen erteilt.

Dies hätte ich eigentlich vom Gemeinderat erwartet, dass er sagt: Es steht zwar bewilligungspflichtig, aber wir geben keine Bewilligungen für Silvester, und es bleibt einfach verboten. Das ist nicht der Fall. Wenn der Gemeinderat nun keine andere Möglichkeit sieht, aufgrund des Polizeireglements, wie es jetzt vorliegt, als Bewilligungen zu erteilen, wenn er angefragt wird, dann muss man halt das Reglement tatsächlich entsprechend anpassen. Dies war doch der Sinn der Motion. Natürlich war sie auf der Basis des vorhanden gewesenen Textes ausformuliert, bei dem man dachte, man könne einfach Silvester rausnehmen. Wenn man aber merkt, dass es so nicht funktioniert, um den Sinn und Zweck der Motion zu erfüllen, dann muss man halt mit einem neuen Text kommen und das Polizeireglement entsprechend anpassen. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Frau Corinne Probst!

Corinne Probst, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte es eigentlich relativ kurz machen. Die Mitte-Fraktion ist überzeugt, dass man, damals als wir die Überarbeitung des Polizeireglements vorgenommen hatten, mit der Bewilligungspflicht und nicht der Beschränkung auf spezielle Zeitfenster, sondern mit der Bewilligungspflicht, die man eingeführt hat, gut fährt. Es war eine Kompromisslösung. Deshalb sind wir auch der Ansicht, dass die Motion nun abgeschrieben werden sollte. Allerdings gebe ich wirklich den Vorrednern und auch Matthias Häuptli aus persönlicher Ansicht recht. Wenn man eine Bewilligungspflicht hat, davon ging ich damals auch aus, bedeutet dies, dass es schon ein wenig einen speziellen Grund geben muss, weshalb eine Bewilligung ausgestellt wird. Sei es nun, dass einer sagt, ich feiere meinen 50. Geburtstag, darf ich dann eventuell eine Rakete am Silvester ablassen. Zumindest einen Grund. Wenn ich sehe, was man tun muss, um eine Bewilligung zu erhalten – vielleicht habe ich es auch falsch gelesen. Aber meines Erachtens heisst es, man muss einfach zwei Wochen im Voraus die verantwortliche Person, die genaue Örtlichkeit, Dauer und Art des Feuerwerks bekannt geben. Dies ist für mich offen gestanden auch nicht das, was ich mit einer Bewilligungspflicht hätte bezwecken wollen. Ich möchte beliebt machen, dass man es vielleicht schon auch noch etwas einschränkt, wenigstens an einem Grund festmachen, weshalb eine Bewilligung ausgestellt wird. Ansonsten ist das, was wir eingeführt haben, eigentlich eine leere Hülle. Man weiss dann einfach, wo jemand ein Feuerwerk ablässt, das kann ich euch im

Fall auch sagen, wo gewisse Leute Feuerwerk ablassen. Dies weiss man auch, glaube ich, teilweise. Wir sprechen uns dafür aus, dass man es abschreibt, weil wir finden, die Bewilligungspflicht sollte eigentlich ihren Sinn erfüllen. Aber die Bewilligungspflicht, wie sie jetzt ausgeübt wurde, finde ich offen gestanden auch nicht gerade rosig. Danke.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Ich sehe, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Somit wäre die Rednerliste erschöpft.

Stephan Wolf, Präsident: Besten Dank, Mehmet Can, für das Führen der Rednerliste. Wir gehen über zum **Antrag des Gemeinderats**. Diesen finden Sie im Bericht auf Seite 4. Ich verlese ihn noch einmal:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen: Die Motion von Matthias Häuptli und Christian Jucker, GLP, ER-Geschäft 4711 wird als erledigt abgeschrieben.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge bitte jetzt die gelbe oder blaue Karte erheben. Wer diesem Antrag nicht zustimmen möchte, möge bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Und Enthaltungen? Danke vielmals. Ich möchte die Stimmzähler bitten, mir das Ergebnis vorzubringen.

://:

Sie haben diesen **Antrag** mit 17 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen **angenommen**.

Danke vielmals, die **Schlussabstimmung** hätte ich beinahe vergessen, wir kommen sogleich dazu. Wer das Geschäft als Ganzes abschliessen möchte, möge bitte die Karte erheben. Danke vielmals. Wer nicht abschliessen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Enthaltungen? Danke vielmals. Ich möchte die Stimmzähler wiederum bitten, mir das Ergebnis vorzutragen.

://:

Sie haben dieses **Geschäft als Ganzes erledigt**, mit 28 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen, bei keiner Enthaltung.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 13.11.2024, zum Postulat von Noëmi Feitsma, SP-Fraktion, und Miriam Schaub, Grüne, vom 20.3.2024, betreffend
Sicherheit von Kindergarten- und Primarschulkindern: Kantonsstrassen
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4726 / A

Stephan Wolf, Präsident: Die Rednerreihenfolge wird laut § 75 Geschäftsreglement wie folgt aussehen, dass zuerst die beiden antragstellenden Personen das Wort erhalten, anschliessend Gemeinderat Philippe Hofmann, und danach die Vertreter der Fraktionen und die allgemeine Rednerliste. In diesem Sinn möchte ich anfragen: Wem darf ich das Wort erteilen, Noëmi Feitsma oder Miriam Schaub? Somit gebe ich das Wort Noëmi Feitsma.

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe diesen Bericht gelesen und bin wirklich ein wenig erschrocken. Für mich grenzt es schon beinahe an Dienstverweigerung. Der Auftrag an den Gemeinderat war absolut klar, beim Kanton ein Begehren auf dynamische Tempo-30-Zonen oder vergleichbare Massnahmen zur Geschwindigkeitsbegrenzung auf allen Kantonsstrassenabschnitten, die darin markiert waren, zu stellen. Aus dem Bericht ist ersichtlich, dass in keiner Weise ein offizieller Antrag gestellt wurde. Der Auftrag ist also nicht erfüllt. Deshalb ist es für mich absolut nicht erledigt. Danke.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Miriam Schaub, möchtest du auch noch etwas sagen? Dann gebe ich dir das Wort.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Danke. Geschätzter Präsident und liebe Anwesende. Mir ist es mindestens auch so wie Noëmi Feitsma ergangen. Es gibt wirklich Dinge in diesem Bericht, die ich nun schon noch einmal erwähnen muss. Zuerst geht es einfach darum, ich habe das Gefühl, die Antwort ist so ein wenig salopp gesagt, wir haben keinen Bock, etwas zu unternehmen. Dies stört mich mega. Ich möchte wirklich sagen, man hat nicht einmal geprüft und man macht so, als wäre es kein Problem. Schulwegsicherheit in Allschwil ist ein Problem. Ich möchte nun einfach etwas sagen: Das Beispiel Baslerstrasse Sanierung war ein riesiges Problem beim Schulhaus Neuallschwil. Bei der Parkallee-Sanierung war der Weg zum Kindergarten Sandweg, auf dem extrem viele Kinder gehen, ein riesiges Problem. Bei der Fabrikstrasse zum Schulhaus Gartenhof kennen wir die Situation: Eltern haben schon geschrieben, viele Leute haben sich bereits gemeldet. Ich möchte nun einfach erzählen. Es steht im Allschwiler Wochenblatt, dass es heute traktandiert ist. Noëmi und ich wurden von zwei verschiedenen Eltern angeschrieben, weil wir es eingereicht haben. Fremde Leute, die wir nicht kennen, schreiben uns und bedanken sich, dass wir uns dafür einsetzen. Ich selbst habe auch haarsträubende Erfahrungen gemacht. Einfach, dass man dies festgehalten hat: Schulwegsicherheit ist ein Riesenproblem. Dies habe ich hier nicht gemerkt, dass der Gemeinderat es auch mitbekommen hat.

Mich stört, dass es in Allschwil immer darum geht, zuerst haben mal die Autos überall Vortritt, eines Tages kommt der öV, danach kommen vielleicht noch mehr oder weniger Velos, dann kommen Fussgänger und dann, wenn es um die Kinder geht, um die Schulwegkinder, sind sie es, die zuletzt kommen. Das ist irgendwie nicht recht. Dann lese ich in diesem Text, dass der TCS das Urteil vors Bundesgericht weiterzieht. Ist das denn nun ein Grund, dass wir nichts unternehmen? Es geht weiter, es kommt der noch grössere Quatsch: – Was war's? – Ja, also, es tut mir leid, wir haben nun die kantonale Volksinitiative bisher nicht. Wir können trotzdem etwas machen. Es ist ein Problem, und wir warten nun nicht, auf jeden Bundesgerichtsentscheid oder Initiativen jeglicher Art, über die zu einem anderen Zeitpunkt mal abgestimmt wird. Mich stört es echt, dass man in dieser Gemeinde hier nicht bereit ist, etwas für die Schulwegsicherheit zu tun.

Stephan Wolf, Präsident: Danke schön, Miriam Schaub. Ich gebe das Wort an Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Ihnen liegt das Geschäft 4726 vor, die Beantwortung des Postulats von Noëmi Feitsma und Miriam Schaub mit dem Titel Sicherheit von Kindergarten- und Primarschulkindern auf Kantonsstrassen. Bevor ich auf meinen vorbereiteten Text zurückkomme, möchte ich schnell kontern, was zuvor gesagt wurde. Schulwegsicherheit ist gegeben. Unsere Schulwege sind sicher. Es gibt keine Evidenz, die das Gegenteil beweist. Sonst darf man mir die Statistik gerne vorlegen.

Nun, es wurde der Vorwurf geäussert, wir hätten es nicht geprüft. Das ist nicht richtig. Denn, wenn man in der Beantwortung liest, sieht man bei «Ausgangslage» steht der Antrag: *Der Gemeinderat wird gebeten, beim Kanton ein Begehren auf dynamische Tempo-30-Zonen oder vergleichbare Massnahmen ... etc.* Dann sieht man weiter bei 2., Erwägungen: *Die Verkehrsabteilung der Polizei Basel-Landschaft hat das Postulat geprüft. Die Verkehrsabteilung lässt sich wie folgt vernehmen:* Dann kommt der ganze kursive Text und in diesem Text steht, Seite 4, zweiter Abschnitt, zweiter Satz: *Wobei aufgrund der örtlichen Gegebenheiten bereits heute kaum schneller als Tempo 30 gefahren wird und folglich die Notwendigkeit sowie Zweck und Verhältnismässigkeit für eine dynamische Signalisation von Tempo 30 höchstwahrscheinlich nicht gegeben ist.* Der Kanton hätte uns die Antwort nicht gegeben, hätten wir diese Frage nicht gestellt. Also diese Unterstellung, wir hätten es nicht geprüft, muss man hier klar korrigieren, es ist nicht so. Wir haben gefragt, der Auftrag ist erfüllt, Noëmi Feitsma, sonst wäre auch diese Antwort so nicht eingetroffen. Wir haben es gemacht. Zeigt sich dann auch in der Interpretation, die weiter angestellt wurde.

Auf derselben Seite, wo weiter unten, im nächsten Abschnitt: Jawohl, richtig, genau dort ist der Punkt drin, wo wir sagen: Aufgrund dessen, weil vom Kanton Basel-Landschaft immer noch geprüft wird, ob die Tempo-30-Regulierungen überhaupt eingeführt werden können, weil der TCS das Urteil ans Kantonsgericht weitergezogen hat, ist es unsere Praxis, wie wir es in vielen Fällen auch tun, dass Allschwil nicht hü und hott macht. Wir verfügen nicht irgendwo etwas und machen und tun, und danach kommt der Kanton und sagt, ihr dürft das gar nicht, ihr müsst es anders machen. Das ist nicht seriös. Das ist keine geplante Politik, die seriös ist, sondern es ist in diesem Fall tatsächlich erstens so, wir haben das Begehren gestellt, zweitens haben wir unmissverständlich eine Antwort vom Kanton erhalten, indem er es abschlägig behandelt. Drittens ist es so, dass aufgrund der Situation, dass, wenn ein übergeordnetes Recht zuerst prüfen muss, ob Zulässigkeit gegeben ist, auf kommunaler Ebene etwas zu machen, dass es opportun ist, dass man dies zuerst klärt und abwartet, bevor man Kosten aufwirft,

um etwas zu machen, was im Nachgang wahrscheinlich nicht richtig wäre. Dies will ich nicht so stehen lassen, dass wir das falsch handhaben.

Ich kann verstehen, dass die Antwort nicht zur Zufriedenheit ausfällt, das ist durchaus so. Wenn ich es so geschrieben hätte und die Antwort erhalten würde, wäre ich wahrscheinlich mit dem Inhalt auch nicht zufrieden. Das muss man selbstverständlich sehen, ich kann den Ärger nachvollziehen. Trotzdem – ich möchte einfach sagen, dass wir es nicht geprüft hätten, nicht gefragt hätten, stimmt nun also wirklich nicht. So, nun haben wir das meiste gesagt.

Was ich noch hervorheben möchte: Es ist nicht so, dass es nun grundsätzlich unmöglich wäre, dass die Problematik nicht vorhanden ist. Und dass im Verkehr die Kinder zuletzt kämen, auch das ist nicht richtig. In erster Linie haben wir ein SVG und VSS-Normen. Diese werden erfüllt. Das ist das oberste Vorhandene, darauf wollen wir uns beziehen. Zweitens: Wenn die Kinder das Letzte wären, hätten wir nämlich sicher kein Schulwegkonzept. Dann hätte man darauf nämlich grundsätzlich verzichten können. Weil aber Kinder auf dem Schulweg wichtig sind, gibt es genau aus diesem Grund ein Konzept. Ich habe schon einmal erwähnt, das Konzept, richtig, das dürfen wir wieder hervorholen, das kann man wieder einmal bearbeiten. Aber zwar dann im Zusammenhang, wenn wir genau wissen, wie viele Kinder, wo, in welches Schulhaus, gehen. Dann haben wir eine klare Ausgangslage und auch wieder eine saubere Argumentation, aufgrund welcher Begebenheiten und welcher Parameter welche Massnahmen ergriffen werden müssen. Ich habe es schon mehrmals hier im Rat erläutert. Ich möchte auch weiterhin beliebt machen, dass wir an dieser Stringenz festhalten wollen.

Fürs Dorf kommt hinzu, dass auch in der Antwort gesagt wurde, dass es eine Möglichkeit gäbe. Es ist vielleicht nur ein Lichtblick, das ist möglich. Falls es aber einen Einbezug des untersten Teils der Schönenbuchstrasse in eine allfällige 30er-Zone geben sollte, wenn der Dorfplatz umgestaltet wird, dann ist es wieder ein anderer Fall. Aber auch dazu muss ich darauf hinweisen, es ist Grund und Boden des Kantons. Die Gemeinde selbst hat es nicht in der Hand, was genau mit dem Dorfplatz geschieht. Auch hier ist Bewegung, mit Vorstössen und Fragen, wie es weitergehen soll, was alles geschieht, drin. Auch hier ist Bewegung vorhanden. Es ist aber nichts, was allein in der Hand der Gemeinde liegt, dies muss man einfach mal so sehen.

Dies sind all diese Dinge, die wir hierzu erläutern mussten. Ich möchte deshalb noch einmal schnell festhalten: Es gibt schlicht und einfach keine Evidenz, dass unsere Schulwege unsicher wären. Ich möchte auch gar nicht, dass dies weiterhin postuliert wird. Es stimmt einfach nicht. Zu den Baustellen ist zum Schluss zu sagen, dass es bei Baustellen, die eine spezielle, eine Ausnahmekonstellation darstellen, zu Friktionen kommt. Und u. a. auch zu Normverletzungen. Es lässt sich im Baustellenbetrieb schlicht und einfach nicht verhindern. Umso mehr ist dann auch die Gemeinde wie aber auch der Betreiber der Baustelle gefordert, Massnahmen zu ergreifen und zu kontrollieren, dass man es im Griff hat, dass es zu keinen Unfällen und Verletzungen kommt. Man mag mich korrigieren, aber bitte auf den zwei Baustellen, die da waren, ist mir kein Unfall bekannt, der passiert ist. Es gab brenzlige Situationen, selbst erlebt, selbst gesehen, muss ich absolut recht geben. Das kann es geben. Wenn Baustellen vorhanden sind, gibt es immer erhöhte Alarmbereitschaft. Da sind wir immer stark gefordert aber auch sehr stark darum bemüht, damit spezielle Beschilderungen, Absperrungen, mit Lotsen, mit anderen Personen Massnahmen ergriffen werden, welche die Sicherheit so hoch wie nur möglich schaffen sollen.

Es gilt nun also in diesem Fall, dass wir zuerst den übergeordneten Entscheid Stufe Kanton abwarten und auch Stufe Bundesgericht. Das ist sinnvoll, nicht, dass auf kommunaler Ebene etwas getan wird, was man schlussendlich wieder für eine kurze Zeit korrigieren müsste. Dementsprechend beantragt Ihnen der Gemeinderat, gestützt auf diese Ausführungen, dass die Abschreibung dieses Geschäfts beantragt wird. Danke vielmals.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Gemeinderat Philippe Hofmann. Bevor ich zur allgemeinen Rednerliste übergehe, habe ich gesehen, dass beide Postulantinnen noch das Bedürfnis haben, etwas zu sagen. Wobei Miriam Schaub ein paar hundertstel Sekunden schneller war. Ich gebe dir das Wort.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Schade, sind wir nicht beim Skirennen, da würden die hundertstel Sekunden noch etwas bringen. Nur ganz schnell, vielleicht will Noëmi dasselbe sagen. Wir haben ein Postulat eingereicht gemäss § 44 Abs. 2 b Geschäftsreglement Einwohnerrat. Und zwar nennt man es auch ein Handlungspostulat. Es ging nicht darum, zu prüfen und zu berichten, sondern einen Antrag zu stellen. Wir haben nicht moniert, dass ihr es nicht geprüft habt. Ihr habt es geprüft,

das erkennen wir. Aber wir haben verlangt, dass der Gemeinderat einen Antrag stellt. In diesem Bericht – vielleicht habt ihr diesen Antrag gestellt, habt es einfach nicht geschrieben – steht, dass ihr den Postulattext an den Kanton gesandt und ihn aufgefordert habt, eine fachliche Einschätzung abzugeben. Wir monieren, dass dies nun mal nicht dasselbe ist, wie einen Antrag stellen. Zur Evidenz möchte ich noch einmal sagen, ich kann es nicht beurteilen, genauer gesagt ich messe es nicht, aber die subjektive Wahrnehmung ist einfach, dass die Schulwegsicherheit problematisch ist. Und zwar nicht nur bei Baustellen. Gerade genau die erwähnte Ampel bei der Parkallee ist so kurz grün, das wisst ihr selbst. Ich glaube, jedes Jahr gelangen Eltern an die Gemeinde oder an die Gemeindepolizei, weil die Ampel bereits nicht mehr Grün ist, wenn man sich noch auf dem Fussgängerstreifen befindet. Kindergartenkinder sind nun mal manchmal nicht so schnell oder sie sind eine Gruppe. Es gibt vielleicht Gründe, es ist aber ... – ich spüre leider zu wenig Wille, dass man sagen würde, wir schauen, dass die Ampel über Mittag während einer Viertelstunde zwei, drei Sekunden länger grün ist oder so.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Miriam Schaub. Ich gebe das Wort noch an Noëmi Feitsma.

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzter Philippe. Ich habe tatsächlich etwas Ähnliches wie Miriam sagen wollen. Der Auftrag war klar, ein Begehren zu stellen und nicht einfach kurz anzufragen und halbherzig zu prüfen. Ich finde, ein Sprachwissenschaftler sollte den Unterschied zwischen diesen beiden Sachen kennen. Noch einmal zur Begründung des Gemeinderats bezüglich dieser Volksabstimmung zu einem ähnlichen Thema, die irgendwann, womöglich, eventuell mal stattfinden wird: Ich finde, es werden Birnen mit Äpfeln verglichen. Da komme ich auf einen Landwirt im Gemeinderat zurück, der wissen sollte, dass man Birnen nicht mit Äpfeln vergleicht, da sie von Grund auf anders aufgezogen werden. In diesem Vorstoss geht es um dynamische Tempo-30-Zonen oder ähnliche Massnahmen. Es geht nicht um permanente Tempo-30-Zonen wie in dieser Volksinitiative, die im Moment noch beim Bundesgericht wartet, ob sie eines Tages mal vielleicht zur Abstimmung kommt. Mir ist auch nicht bekannt, dass wenn einmal mal etwas zur Abstimmung kommt, dann alle Handlungen und alle Anträge und Anfragen, die im entferntesten Sinn damit zusammenhängen, sistiert werden sollen. Ich glaube, dies würde unseren Staat ziemlich blockieren, wenn es tatsächlich so wäre.

Noch zum subjektiven Sicherheitsempfinden und der Evidenz, die bereits an der Sitzung vom 12. Juni, als der Einwohnerrat diesen Vorstoss überwiesen hat, erwähnt wurde, möchte ich einfach noch erwähnen: Statistiken funktionieren so, dass wenn ein Unfall geschieht, wie im Juni vor einem Jahr auf der Baslerstrasse, und die Person nicht innerhalb 30 Tagen stirbt, ist es nicht ein Unfall mit Todesfolge. In der Baslerstrasse ist diese Person dann nach sechs Wochen verstorben. In der Allschwiler Statistik wird dies nie als Unfall mit Todesfolge zu finden sein, sondern einfach mit schwerer Verletzung. Das subjektive Sicherheitsempfinden ist nicht nur, weil die Eltern Angst haben, dass nun alle Kinder im Verkehr sterben, sondern es kann auch ein Unfall mit einer leichten Verletzung sein, bei dem sich das Kind am Knie verletzt und dann sein Leben lang halt Probleme am Knie hat, nur weil man in Allschwil nicht bereit war, etwas dafür zu tun, damit die Eltern ein besseres Sicherheitsempfinden haben können. Denn das Sicherheitsempfinden kommt nicht einfach von nichts. Es kommt nicht von irgendwo her. Miriam Schaub hat es erwähnt, wir wurden mehrfach per Mail angeschrieben. Ich bin vielfach auch auf der Strasse angesprochen worden von Leuten, die gehört haben, dass wir es eingereicht haben, die wirklich ernsthaft über den Schulweg ihrer Kindergartenkinder und Schulkinder besorgt sind. Ich finde, dies sollte doch dem vom Volk gewählten Gemeinderat Evidenz genug sein, dass man etwas unternehmen muss, nämlich dass viele Menschen besorgt sind. Das müsste doch reichen. Deshalb bitte ich wirklich den Rat, sich uns anzuschliessen und die Bevölkerungsgruppe, die es so sieht, ernst zu nehmen und das Postulat stehenzulassen, damit der Gemeinderat wenigstens ein offizielles Begehren stellt.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Noëmi Feitsma. Im Sinn der Waffengleichheit möchte ich nun dem Gemeinderat Philippe Hofmann nochmals das Wort erteilen.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, das ist sehr freundlich, weil ein Novum, wenn man es mir verweigern würde – aber eines Tages erlebt man scheinbar alles. Noch einmal zurück auf die vorliegenden Sachen. Ich möchte euch schwer bitten, die subjektive Wahrnehmung kann in keinem Fall irgendwo massgebend sein. Was den einen stört, stört den anderen nicht. Was aber gewisse Leute als gefährlich betrachten, finden die anderen normal. Was gewisse Leute mit der Knallerei toll finden, stört die anderen. Das ist nun sicher nicht die richtige Argumentation. Auch so quantitative Aussagen, wie «viele Leute» – wenn es so wäre, dann lasst es doch bitte hier sein, zeigt, wo genau diese Leute sind, wo man alles findet, was es denn so wäre. Ich kann wirklich sagen, wenn

man etwas entscheiden muss, muss man eine Grundlage haben. Eine Grundlage ist eine saubere Abklärung. Wenn eine Statistik irgendwo erhoben wird, die sagt, nach vier Wochen, und sie stirbt nach sechs Wochen, ist es trotzdem darin. Notabene, es gibt keine Allschwiler Statistik. Einfach, dass man das noch gesagt hat, Allschwil führt keine Statistik. Das ist eine kantonale Sache. In dieser Statistik gibt es tatsächlich verschiedene Figürchen, verschiedene Rhomben, Dreiecke, Pünktli, ich glaube in verschiedenen Farben, was an welcher Stelle und wie, mit welcher Folge, wo schlussendlich geschehen ist. Auch die Statistik weist Unschärfen auf, das ist klar. Statistiken kann man beeinflussen, auch das ist so. Nur, sie ist wenigstens eine Grundlage, bei der man sagen kann, die eine Evidenz aufweist. Ein subjektives Empfinden von gewissen Leuten. Jetzt nehmen wir noch: Wer ist die Gegenpartei, ist die Referenz unsere ganze Bevölkerung oder nur alle Schulkinder? Das ist keine Massgabe, mit der man was machen kann.

Ich möchte mich eigentlich nicht auf solche Diskussionen einlassen. Wenn ich nun aber höre, dass es mit der Baustelle ein riesengrosses Problem war, dann nehme z. B. ich es auf, ich kläre das gerne bei der Abteilung Sicherheit ab, wie viele konkrete Beschwerden es während dieser Zeit bei der Baslerstrasse und bei der Spitzwaldstrasse gab. Das kann man gerne machen. Dann erhält ihr eine Antwort. Wenn es nicht bis zur Polizei gelangt, muss ich feststellen, dass es schlichtweg nicht transportiert wurde. Wenn es transportiert wurde, dann ist es vorhanden. Dann kann man es in Relation stellen. Ich weiss, dass es dort Begehren gab, wir haben es hier schon einmal diskutiert. Wir haben auch Massnahmen ergriffen, die erwähnt wurden, als es an der Spitzwaldstrasse während der Baustelle Schwierigkeiten gab. Es gab Massnahmen, die vorhanden waren, also tut nun bitte nicht so, als ob es nicht getan wurde.

Wegen der Erfüllung des Postulats: Also, ich sehe darin, es wurde geprüft, wir haben es gemacht. Es wurde gesagt, wie es genau schlussendlich dann in der Beantwortung durch den Kanton ist. Was dort drin mit den Worten steht, können wir schlussendlich auch nicht beeinflussen. Sondern diese Verkehrsabteilung prüft es. Und wenn die Verkehrsabteilung zum Schluss kommt, dass die Voraussetzungen nicht gegeben sind, so wie es z. B. hier steht: – also, hier steht es klar, Seite 4: *«Eine erste Einschätzung, Sichtung zeigt, dass unter der Berücksichtigung der vorangehenden Ausführungen maximal die Örtlichkeit beim Schulhaus an der Schönenbuchstrasse in Betracht gezogen werden könnte. Wobei aufgrund der örtlichen Gegebenheiten [...]»* etc. etc. Man hat sich klar damit auseinandergesetzt. Wenn die Verkehrsabteilung es nicht empfiehlt und nicht macht, dann ist es mit einer Ablehnung dieses Gesuchs gleichzusetzen, dass es seitens des Kantons nicht unterstützt wird. Das ist nun mal eine Realität, die wir hier halt so entgegennehmen müssen. Ich möchte mich gegen «Halbherzigkeit» verwehren. Sondern wir haben es bewusst genauso gemacht. Den Text, wie er vorlag, den Postulattext, also sola scriptura, haben wir zur Prüfung vorgelegt. Halbherzig wäre gewesen, wenn ich eine persönliche Interpretation oder etwas geschrieben hätte, worin noch ein Fehler enthalten gewesen wäre. Ich würde mich gegen ein solches Vorgehen verwehren, sondern genau dieses Begehren wurde vorgelegt. Der Kanton hat exakt darauf geantwortet. Entsprechend ist es ausgefallen. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Philippe Hofmann. Wir gehen zur allgemeinen Rednerliste über. Zuerst die Vertretungen der Fraktionen, dann die allgemeine Rednerliste. Ich möchte den 1. Vizepräsidenten, Mehmet Can, bitten, die Rednerliste entsprechend zu führen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Mark Aellen, Sie haben sich gemeldet? Gut, in diesem Fall ... falls es keine Wortmeldungen gibt, würde ich gerne – ich Mehmet Can fürs Protokoll – in Eigenschaft als Einwohnerrat eine Frage an Philippe Hofmann stellen. Und zwar ... – Es ist doch die allgemeine Beratung, oder? – Ja? Ich habe gewartet, niemand hat sich gemeldet. Also darf ich mich auch als Einwohnerrat melden, oder? – Ich habe eine Frage an Philippe Hofmann. Hier steht: *Eine erste Einschätzung, Sichtung zeigt, dass unter Berücksichtigung ...* Es ist genau der Text, den Sie zuvor gelesen haben, dass *aufgrund der örtlichen Gegebenheiten bereits heute kaum schneller als Tempo 30 gefahren wird*. Es ist genau die Strecke Schönenbuchstrasse bis zum Dorf. Gehe ich richtig von dieser Annahme aus? Sind sie früh am Morgen mal dort gestanden und haben sie gesehen, wie die dort runter sausen? Jeden Morgen. Die sind recht zügig unterwegs. Henry, warst du es? Nein! Okay. Also, ich sehe immer wieder dort Polizei stehen, das ist auch gut so, das soll so sein, das ist die Sicherheit für die Kinder. Wenn man aber so etwas reinschreibt, dass dort kaum schneller als 30 gefahren werden kann, ist es nicht korrekt. Man fährt dort schneller und teilweise am Morgen früh wirklich schneller als 30 oder 40, denn es ist 50 erlaubt. Aber Rücksicht wird auf die Kinder nicht genommen. Entsprechend finde ich dies ein wenig sehr gewagt formuliert. Ich bitte doch noch, dass man es auch mal berücksichtigt und sagt, ja. Dies wäre meine Meinung. Danke.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Philippe Hofmann, Sie haben das Wort.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Wenn ich schnell eine Antwort darauf geben darf. Eine erste Einschätzung? Ja, richtig, genau diesen Abschnitt betrifft es. Zweite Frage: Jawohl, persönlich. Das ist nämlich ein Teil meines Arbeitswegs, dort bin ich immer wieder früh am Morgen anzutreffen. Und zwar, drittens, jetzt auch, dass dort die Polizei immer wieder regelmässig steht, ist auch richtig Tatsächlich ist es so. Es werden sogar Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt. Soviel dazu.

Ich muss schnell korrigieren, es heisst im Text nicht, dass man dort nicht schneller fahren kann, sondern dass nicht schneller gefahren wird. Das ist ein massgeblicher Unterschied. Wenn man es liest; ich kann zitieren: [...] *Wobei aufgrund der örtlichen Gegebenheiten bereits heute kaum schneller als Tempo 30 gefahren wird, und folglich die Notwendigkeit sowie Zweck- und Verhältnismässigkeit für eine dynamische Signalisation von Tempo 30 höchstwahrscheinlich nicht gegeben ist.* [...]» Antwort zum Geschäft 4726A, Seite 4, zweiter Abschnitt, zweiter Satz.

Was ich zum Schluss noch sagen muss. Wenn ihr moniert, dass die Antwort nicht gut ist, okay, das hat der Kanton geschrieben. Das haben nicht wir geschrieben, das ist o-ton-Antwort des Kantons. Es würde mir widerstreben, dort hineinzuschreiben. Es ist einfach das, was vorhanden ist. Nun kann man damit zufrieden sein oder nicht. Aber es ist das. Wir geben diesen Text rein, wir lassen es prüfen, die Antwort kommt, wir haben sie unverändert wiedergegeben. Die Interpretation dazu, genauer gesagt unsere Kommentare, sind ausschliesslich in nicht kursiver Schrift in den nächsten Abschnitten darunter zu lesen. Dies zur Klarstellung, wer was gesagt hat.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Henry Vogt, Sie haben sich gemeldet.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich will doch noch etwas von dem, was ich gehört habe, erwähnen. Ich meine, die Aussagen, die teilweise getroffen werden, sind auch sehr gewagt, um deine Ausdrucksweise zu nehmen. Es ist komisch, Mehmet Can spürt im Blut, wie schnell ein Auto fährt, und kann sagen, zügig ist über 30, nehme ich in diesem Fall an. Deine Wahrnehmung, ich weiss auch nicht, entweder hat man Fakt und weiss, wie schnell sie fahren, oder aber nach der eigenen Wahrnehmung finde ich es nicht passend. Ich finde es genauso wenig passend, dass Noëmi unterdessen weiss, wer weshalb wann gestorben ist. Finde ich auch eine sehr gewagte Aussage, zu behaupten, dass es in die Statistik reinkommt und der Mann schlussendlich daran gestorben ist, diese Person, wer auch immer. Finde ich auch eine sehr gewagte Aussage.

Wir haben gesehen, in diesem Text hier, ganz klar, da steht Erwägungen im ersten Satz, die Verkehrsabteilung oder Polizei Basel-Landschaft, d. h. der Kanton hat genau diesen Text erhalten. Er weiss ganz genau, was die Frage war. Schlussendlich, ob man es nun Begehren nennt, Antrag nennt oder wie auch immer nennt, ich glaube, unter dem Strich wäre die Antwort genau gleich gewesen. Dementsprechend kann man ein wenig weiterdenken und sagen, ja, die Antwort ist so weit gegeben. Von unserer Seite gesehen ist es klar eine gute Antwort des Gemeinderats. Es ist eine komplette Antwort des Gemeinderats. Auch wir sind überzeugt, dass der Schulweg in Allschwil keine rote Zone ist, dass man doch ausgezeichnet durchkommt. Vielleicht gibt es den einen oder anderen Punkt, bei dem man etwas vorsichtiger sein muss. Das ist im Verkehr halt so. Dementsprechend werden wir das Postulat als erledigt abschreiben. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Mark Aellen, Sie haben das Wort.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzte Ratsmitglieder. Es ist interessant, dass wir die Diskussion über die Sicherheit nicht zum ersten Mal führen. Ich mag mich erinnern, dass wir bei der Fabrikstrasse dieselben Diskussionen hatten, gerade durch den Vorredner angeregt, dass wir auch dort vom Kanton zuerst einen abschlägigen Entscheid erhielten und nur durchs Insistieren konnten wir weiterkommen. Es ist also durchaus ein Unterschied, ob ich jemanden frage, der in einer Behörde ist: Hat es eine Chance? Oder ob ich einen offiziellen Antrag stelle und einen offiziellen Entscheid zurückerhalte, mit dem man dann weiterarbeiten kann. Wenn man schon aufhört, nachdem man angefragt hat, denn maximal, wahrscheinlich, höchstens usw., all diese Füllwörter machen keinen Entscheid. Sondern sie sagen, es könnte wahrscheinlich so herauskommen. Wenn man dann aber ein wenig insistiert, könnte es doch noch einmal anders herauskommen. Insofern denke ich schon auch, dass wenn man verlangt, dass ein offizieller Antrag gestellt wird, und die Antwort heisst, man habe nur abgeklärt, wie der Entscheid sein könnte, dann ist es für mich nicht erfüllt. Es spielt eine Rolle, ob man etwas hinterlegt als ein Wille, ob dieser Wille nun auf einer Statistik basiert oder auf einer Volksmeinung, die wir hier

vertreten. Ich finde es auch etwas gewagt zu sagen, wenn nicht objektive Kriterien herrschen, dann unternehmen wir nichts. Objektiv sind auch die Kriterien nicht. Jemand hat sie zusammengesetzt und gesagt: Ab soundsovielen Unfällen sind wir willens, es wirklich zu machen. Zuvor muss man es debattieren. Das haben wir bei der Fabrikstrasse auch gemacht und es ergab sich ein anderes Resultat. Statistiken haben diesen Entscheid nicht unterstützt. Wir schon. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Niklaus Morat!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte auch noch schnell etwas wegen der Sicherheit sagen. In Basel oder Umgebung, jeder, der es kennt, würde nie behaupten, der Aeschenplatz sei sicher. Ich kann mitreden, ich fahre dort beruflich immer wieder drüber. Gemacht wird auch nichts. Es rennt auch niemand zur Polizei und sagt jeden Tag, der Aeschenplatz sei unsicher. Das ist Wasser in den Rhein getragen. Das wissen alle, dass es dort unsicher ist. Es ist kein Kriterium zu sagen, wenn bei der Polizei keine Meldungen reinkommen, kann man nicht sagen, dass es unsicher ist.

Das Zweite, was ich noch erwähnen möchte, ist: Was ist eigentlich mit der Gemeinde-Autonomie, mit dem Föderalismus? Wir warten auf ein Bundesgerichtsurteil, dass wir uns hier in Allschwil bewegen. Wir warten auf Kantonsentscheid, bis wir uns bewegen. Ich finde dies für eine Gemeinde in dieser Grösse ein wenig schwach. Wir haben doch auch unsere Ansprüche. Wir hören es von Miriam und Noëmi, die Ansprüche kommen nicht von uns 40, sondern aus der Bevölkerung. Stellt doch dieses Begehren. Am Schluss entscheidet vielleicht der Bundesgerichtsentscheid darüber, ob der Kanton ja zu diesem Begehren sagt. Dann muss es zwingend vors Volk, oder der Kanton bewilligt es und macht es von sich aus und wartet halt darauf, ob allenfalls ein Referendum ergriffen wird. Ich sehe das Problem irgendwie nicht und bitte euch wirklich, das Postulat noch stehenzulassen. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Frau Corinne Probst! – Entschuldigung, Philippe Hofmann hat sich zuerst gemeldet.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ich darf sehr gerne den Einwohnerräten zuerst das Wort geben. Ich antworte dann anschliessend.

Corinne Probst, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wir von der Mitte-Fraktion haben Stimmenfreigabe. Wir haben keine einheitliche Meinung dazu. Ich kann beide Seiten nachvollziehen. Ich kann auch das, was Mehmet Can ausgesprochen hat, durchaus unterstützen. Meine Tochter geht auch in dieses Schulhaus, sie geht auch dort über die Strasse. Ich finde nun nicht wirklich, dass dort immer Tempo 30 gefahren wird. Ich selbst muss manchmal aufpassen, dass ich angemessen fahre, denn es ist nicht einwandfrei geregelt. Man hat gegenwärtig diese Signalanlage, die das Tempo anzeigt, was ich ausgezeichnet finde, es erinnert einen daran. Was ich eigentlich sagen möchte, ist, dass in dieser Beantwortung des Gemeinderats zu lesen ist: *«Der Kanton kann sich vorstellen, eine solche Variante zu prüfen.»* Also das Stück Schönenbuchstrasse. Ich finde, dies schliesst nicht aus, dass es nicht in eine Tempo-30-Zone oder in eine dynamische Tempo-30-Zone umgewandelt werden könnte. Weiter unten schreibt oder führt der Gemeinderat aus, dass es vorerst gilt, einen allfälligen Bundesgerichtsentscheid abzuwarten, also die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen müssten. Deshalb sage ich, dann kann man doch dieses Postulat einfach mal stehenlassen und später noch einmal anschauen, wenn die rechtlichen Voraussetzungen vorhanden sind. Ich finde, es spricht nichts dagegen. Es ist meine persönliche Meinung; ich spreche nun hier einfach für mich. Danke.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Philippe Hofmann!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Ich möchte diese subjektive, objektive Diskussion nicht viel mehr verlängern. Aber um Mark Aellen zu antworten: Meine Argumentation war, dass ich gerne aus objektiven Dingen etwas entscheiden möchte und nicht aus subjektiven. Das darf in einem Parlament keine Massgabe sein, sondern allerhöchstens ein persönliches Befinden.

Dann ist zu Niggi Morat zu sagen: Es stimmt mitnichten, dass es keine Studien zum Aeschenplatz gibt. Im Gegenteil. Es gibt nämlich eine Studie, die sicherheitsbasierend ist und sagt, der ganze Aeschenplatz wird umgebaut, mit Tramentflechtungen, allem Drum und Dran etc. Es gibt sie. Bis jetzt wurde einfach noch nichts unternommen. Ob es auch sicher ist oder nicht, das lasse ich mir nicht an,

es zu interpretieren, ist Sache des Kantons Basel-Stadt. Dass es aber keine Bestrebungen gäbe oder keine Evaluationen, ist hingegen nicht richtig.

Was ist denn unser Anspruch? Ich finde auch das mit der Gemeinde-Autonomie interessant. Es wird mal hier formuliert, mal wird es dort formuliert. Es ist beliebig, wenn es einem passt, dass man im Sinn des Kantons spricht, ist es im Sinn des Kantons, wenn es einem nicht passt, macht man es eben nicht. Dies hat auch eine gewisse Legitimation. Wir sind schliesslich auch ein Parlament, wir sind die grösste Gemeinde, mit einem gewissen Anspruch – ja, von mir aus. Im Gegenteil, es geht nun einfach darum: Wir haben den Text, wie er vorlag und gemäss Auftrag abgegeben. Wir haben ihn prüfen lassen und die Antwort erhalten, die nun hier vorliegt.

Um noch auf die letzte Rednerin einzugehen – was wir machen können? Es wäre vielleicht auch eine Idee, dass wir mal tatsächlich eine Zahl haben. Es werden doch Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt. Wir fragen beim Kanton an, wie die aktuellste V85-Messung ist. Dann hätten wir nämlich wieder einmal etwas Objektives, um zu sehen, wie viel auch tatsächlich gefahren wird und welche Fahrzeuge wie schnell fahren. Dann sehen wir – dann kann man auch über Zahlen sprechen. Vielleicht kommt tatsächlich aus, dass wir alle im 30er-Bereich sind. Vielleicht gibt es tatsächlich einzelne Ausreisser. Dies haben wir dann schwarz auf weiss und wissen es. Ich denke, das ist sicher eine gute Idee. Ich werde es in Auftrag geben, dass wir nachfragen. Dann werden wir wieder etwas mehr zu diesem Thema haben.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Niggi Morat!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Vielen Dank. Herr Präsident, geschätzte Anwesende, Philippe Hofmann. Ich habe nie von einer Studie gesprochen. Ich habe nur von subjektivem Empfinden über den Aeschenplatz gesprochen. Ich wollte damit einfach darauf aufmerksam machen, niemand rennt zur Polizei und sagt, der Aeschenplatz sei nicht sicher. Du hast zuvor erwähnt, auf der Polizei kämen keine Meldungen rein, dass es an der Klarastrasse, also Klarastrasse/Schönenbuchstrasse, nicht sicher sei. Darauf wollte ich eingehen. Sicher nicht auf Studien. Mir ist selbstverständlich klar, auch ich lese Zeitungen, ich habe es gesehen. Danke.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Ich sehe, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Entsprechend wäre die Rednerliste nun erschöpft.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Mehmet Can, für die Führung der Rednerliste. Demnach würden wir nun zum Antrag des Gemeinderats gehen ... – Noëmi Feitsma hat noch einmal das Wort, bitte!

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Wir würden bei diesem Thema eine **namentliche Abstimmung beantragen**, weil wir genauso viel von der Bevölkerung zu diesem Thema hören.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Der Antrag liegt mir schriftlich vor. Die erforderlichen fünf Einwohnerratsunterschriften sind erreicht. Somit findet die Abstimmung unter Namensaufruf statt. Ich möchte aber doch noch zuerst zum **Antrag des Gemeinderats** übergehen, den Sie auf Seite 5 des Berichts finden. Ich verlese ihn hier noch einmal:

Gestützt auf diese Ausführung beantragt Ihnen der Gemeinderat, zu beschliessen: Das Postulat 4726 wird als erledigt abgeschrieben.

Es findet nun eine namentliche Abstimmung statt, gar keine Frage. Nur noch zur Erläuterung: Wer das Postulat als erledigt abschreiben will, der sagt Ja. Wer das nicht will, der sagt Nein, wenn sein Name aufgerufen wird. Enthaltungen sind selbstverständlich auch erlaubt. In diesem Sinne möchte ich Ruedi Spinnler bitten, die namentliche Abstimmung durchzuführen.

Aellen Mark	nein	Amstutz René	nein	Baumgartner Dominik	nein
Blattner Lea	nein	Butscher Lea	nein	Butz Melanie	nein
Can Mehmet	nein	Despotovic Tatjana	enth.	Dobler Matthieu	nein
Elser Elena	nein	Fehr Flavio	nein	Feitsma Noëmi	nein
Hauptli Matthias	enth.	Imoberdorf Martin	nein	Jonasch Nico	ja
Jucker Christian	nein	Kaiser Astrid	nein	Metz Anne-Sophie	nein
Morat Niklaus	nein	Neuhaus Laura	ja	Poživil Urs	ja
Probst Corinne	nein	Reck Philipp	ja	Rellstab Alfred	ja
Schaub Miriam	nein	Schulz Lucca	nein	Seifried Louis	nein
Stefanizzi Romina	ja	Stöcklin Tobias	nein	Tirant Iracema	nein
Trinkler Simon	nein	Vogt Henry	ja	Waldner Jörg	ja
Waldner Olivier	nein	Wolf Stephan	enth.		

://:

Sie haben dieses **Postulat nicht abgeschrieben**. Das Ergebnis ist 8 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen. Das Postulat wurde nicht als erledigt abgeschrieben.

Stephan Wolf, Präsident: Das Wort hat noch einmal Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Danke vielmals. Ich möchte noch eine Bitte anbringen. Wir haben dieses Postulat so stehen lassen, das zeigt auch, dass es eine gewisse Wichtigkeit gibt. Ich möchte mich dieser nicht verschliessen und deshalb direkt eine Bitte stellen, primär an dich, Noëmi Feitsma: Lass mich teilhaben an dem Wissen von dem, wie du erwähnt hast, was wir von der grossen Bevölkerung, welche diese Probleme haben, so viel hören, damit wir akzentuieren können, was die Probleme sind. Ich nehme sie gerne auf. Wenn sie nicht bis zu mir kommen, kommen sie nicht zu mir, dann kann ich nichts unternehmen. Bitte lass mich an all den Dingen teilhaben. Wir nehmen es auf, wir schauen die ganzen vorkommenden Sachen an. Dann befinde ich mich auch auf einem anderen Stand, der informiert ist. Teilt euer Wissen mit mir, dann haben wir es bis zum nächsten Mal, wenn wir das Thema wieder behandeln werden. Danke schön für die Unterstützung.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Philippe Hofmann. Wie erwähnt, Sie haben dieses Postulat nun nicht als erledigt abgeschrieben. Gemäss § 47 Abs. 4 Geschäftsreglement bleibt somit der Auftrag an den Gemeinderat bestehen. Dies wiederum hat natürlich zur Folge, dass wir heute auch keine Schlussabstimmung zu diesem Traktandum durchführen.

Bevor wir weiterfahren, schlage ich vor, machen wir eine kurze Pause. Ich würde dann gerne um Viertel vor acht weiterfahren.

PAUSE

Stephan Wolf, Präsident: Liebe Einwohnerratskolleginnen und Einwohnerratskollegen. Nachdem der Schulgong zufälligerweise auch geschlagen hat, habe ich noch unser Glöcklein betätigt, und ich möchte euch bitten, alle wieder Platz zu nehmen, damit wir weiterfahren können. Bevor wir zu Traktandum 4 kommen, würde ich zuerst zum Info-Fenster und anschliessend zur Fragestunde übergehen. Somit sind wir jetzt beim

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Stephan Wolf, Präsident: Wenn ich es richtig verstanden habe, hat Gemeindepräsident Franz Vogt eine Information für uns.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Ich habe genau genommen zwei Informationen. Die Erste betrifft den Antrag 4 des Geschäfts 4754, **Budget 2025**. Der Gemeinderat liess sich darauf behaften, den **Teuerungsausgleich für das Personal** vorerst nicht auszuzahlen, bis die Rechtmässigkeit für diese Teuerung gutachtlich abgeklärt ist. Die Abklärungen fanden bei zwei externen Stellen statt. Es hat sich gezeigt, dass eine Auszahlung nicht in der Kompetenz des Gemeinderats liegt, und somit auf eine **Auszahlung für das Jahr 2025 verzichtet werden muss**. Der Gemeinderat hätte sich dies anders gewünscht. Er beauftragte deshalb die Verwaltung aufzuzeigen, was gemacht werden muss, damit sich die Gemeinde Allschwil in Bezug auf die Gewährung eines Teuerungsausgleichs von der Anbindung an den Kanton lösen und somit in Autonomie entscheiden kann. Es wäre wünschenswert, wenn man die Gemeinde-Autonomie stärken könnte.

Eine zweite Information betrifft die Stimmrechtsbeschwerde. Wir erhielten heute den Bescheid, dass der Regierungsrat entschieden hat. Die **Beschwerde gegen das Wahlprotokoll wurde gutgeheissen**. Auf weitere Punkte ging der Regierungsrat aber nicht ein. Das heisst, dass das Protokoll korrigiert werden muss und noch einmal im AWB publiziert wird. Und zwar in der nächsten Grossauflage. Sobald die Korrektur dieses Wahlprotokolls vorliegt, wird es auch auf der Homepage publiziert werden. Es wird aber klar darauf hingewiesen, dass die Ermittlung des Ergebnisses korrekt erfolgt war und nicht zu beanstanden ist. Das Protokoll wurde einfach erst nach der Auszählung veröffentlicht. Von einer Beeinflussung der Stimmberechtigten kann somit nicht gesprochen werden.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Wir haben weitere Informationen von Gemeinderätin Silvia Stucki. Bitte schön!

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Gäste. Ich möchte Sie heute kurz über die **Sprachstandserhebungen** des Kantons Basel-Landschaft informieren. Ab jetzt, also ab Januar 25, werden jedes Jahr flächendeckende Sprachstandserhebungen bei allen im Kanton wohnhaften Kinder durchgeführt, die im darauffolgenden Kalenderjahr schulpflichtig werden. Das Ziel besteht darin, eine Bestandsaufnahme für den Sprachförderbedarf von Kindern zu ermitteln. Somit setzt jetzt der Kanton Basel-Landschaft seinen Schwerpunkt für die frühe Sprachförderung um. Nebst der Orientierung für die Erziehungsberechtigten dient diese Erhebung auch den Gemeinden als Grundlage für den vorhandenen Förderbedarf. In der Gemeinde Allschwil sind aktuell 192 Kinder, die an der diesjährigen Sprachstandserhebung teilnehmen werden. Besten Dank.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Gibt es weitere Informationen des Gemeinderats? Dies ist offenkundig nicht der Fall. Dann gehen wir zur Fragestunde, die für heute auch angesetzt ist.

FRAGESTUNDE

Schriftlich haben René Amstutz, Christian Jucker, Hanna Kirchhofer, Tatjana Despotovic, Nico Jonasch und Urs Poživil. Zuhanden des Protokolls würde ich jetzt jeden Einzelnen bitten, seine Frage noch einmal vorzulesen, bevor wir sie dann gleich zur Beantwortung unterbreiten. Auch deshalb, weil die konkreten Fragen auch mir nicht bekannt sind, und ich nur weiss, wer eingereicht hat. In diesem Sinne möchte ich gerne René Amstutz das Wort erteilen.

René Amstutz, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende, besten Dank. Ich mache mir Sorgen um zwei **Naturschutzgebiete in der Gemeinde**. Das Naturschutzgebiet Zum Sporn und das geologische Denkmal in der Ziegelei. Dies sind wertvolle Gebiete für Amphibien, u. a. für den gefährdeten Glöcklifrosch. Amphibien und ihre Lebensräume sind national geschützt. Meine Frage: Wie haben sich die Amphibienbestände an diesen zwei Standorten entwickelt, seit man die zwei Gebiete unter Schutz gestellt hat? Und welche Rolle spielt die angrenzende Waldfläche als Landlebensräume, z. B. als Überwinterungsquartier, für die Amphibien? Besten Dank.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Wem von den Gemeinderäten darf ich das Wort erteilen? Ich gebe Biljana Grasarevic das Wort.

Biljana Grasarevic, Gemeinderätin: Geschätzter Einwohnerratspräsident, sehr geehrter Rat, geschätzter René. Die Amphibienbestände im Ziegeleiareal und auch im Mühlebachthal haben sich

erfreulich entwickelt, insbesondere die erwähnte Geburtshelferkröte. Aufgrund der positiven Entwicklung der Amphibienbestände im Ziegeleiareal beurteilt die Bundesfachstelle das Ziegeleiareal weiterhin als schutzwürdig. Sie hat das Areal im Anhang des IANB belassen. Dies entspricht einer Vormerkung, d. h. das Gebiet bei der nächsten Revision definitiv ins IANB aufzunehmen. Ende 2022 wurde im Hinblick auf die bevorstehende Revision der Perimeter dieses Objekts festgelegt und die Naturschutzfachstelle des Kantons Basel-Landschaft reichte in Zusammenarbeit mit der Gemeinde fristgerecht einen formalen Antrag zur definitiven Aufnahme ein. Der Böschungswald ist auch ein Teil dieses vorgeschlagenen Schutzperimeters. Der Wald ist trotz seiner hohen Neophytenbeständen ein wichtiger Lebensraum und Teil von diesem vorgeschlagenen Perimeter. Die Einwohnergemeinde einigte sich mit der Bürgergemeinde darauf, den Robinienwald sukzessive in einen vielfältigen, einheimischen Wald umzuwandeln. Aktuelle Daten zu den Amphibienpopulationen sollen dann im Rahmen der Erfolgskontrolle 2025 erhoben werden.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Biljana Grasarevic. Ist es so weit beantwortet, René Amstutz, gibt es noch eine Ergänzungsfrage?

René Amstutz, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Die Fragen sind beantwortet und aufgrund der Antwort werde ich mir überlegen, wie weiter vorzugehen. Danke vielmals.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals auch. Nun würde ich gerne Christian Jucker bitten, seine Frage zu Händen des Protokolls noch einmal zu verlesen.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Rat. Mir geht es eigentlich um die **Umgestaltung Dorfplatz**. Franz Vogt hat im AWB-Interview der letzten Ausgabe erwähnt, dass die Pläne des Kantons nicht ausreichend gewesen seien, und nun unbekannt sei, was der aktuelle Stand ist. Deshalb möchten wir eigentlich wissen, was die genauen Gründe sind, weshalb die beiden vorgeschlagenen Varianten nicht gut sind, und wie es konkret mit diesem Projekt weitergeht.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Wem von den Gemeinderäten darf ich das Wort erteilen? Ich gebe das Wort an Gemeindepräsident Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Lieber Christian Jucker, vielen Dank für diese Frage. Wie Sie alle wissen, hatte der Kanton zwei Varianten ausgearbeitet. Die Variante 1 fokussierte auf die Verkehrsfläche, bot aber wenig Aufenthaltsqualität. Die Variante 2 hatte zwar eine höhere Aufenthaltsqualität, konnte jedoch verkehrstechnisch nicht überzeugen. Deshalb fand im 2023 in Liestal ein Gespräch mit dem Regierungsrat, Isaac Reber, und den leitenden Angestellten des Tiefbauamts statt. Es wurde vereinbart, dass der Kanton eine weitere Variante ausarbeitet und den Perimeter bis an die Binningerstrasse ausdehnt. Seitens Kantons gab es aber offenbar keine weiteren Aktivitäten. Es sieht so aus, als dass der Dorfplatz Allschwil keine Priorität mehr hat. Deshalb hat die Abteilung EPB der Gemeinde Allschwil ein Diskussionspapier erstellt, um unsere Anliegen zu konkretisieren. Ziel ist eine Lösung, die den Verkehr und die Aufenthaltsqualität miteinander verbinden würde.

Es wird demnächst ein Workshop mit den zuständigen Gemeinderäten und den Mitarbeitenden aus den Bereichen EPB und BRU geben, um die Anliegen weiter zu präzisieren. Damit werden wir wieder auf den Kanton zugehen, mit dem Ziel, gemeinsam eine tragfähige Variante auszuarbeiten. Dem Gemeinderat ist der Dorfplatz, und die Zeit ist nun reif, dass es wieder weitergeht.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Ich frage Christian Jucker an, ob seine Frage damit beantwortet ist.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ja, sie ist ausgezeichnet beantwortet, danke schön. Wir sind sehr gespannt, was als Nächstes kommen wird. Danke.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals auch. Nun ist die nächste Frage von **Hanna Kirchhofer**, die heute leider nicht dabei sein kann. Sie hat mir aber die Frage weitergeleitet. Deshalb verlese ich sie an ihrer Stelle. Es geht um den genauen **Aktions- und Zeitplan des FEB-Reglements**: „*Wir hören zurzeit von verschiedenen Stellen unterschiedliche Aussagen zum Zeitplan der Revision des kommunalen FEB-Reglements. Wie sieht der genaue Zeitplan aus?*“. Wem von den Gemeinderäten darf ich das Wort erteilen? Das Wort hat Gemeinderätin Silvia Stucki.

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Ich danke Hanna Kirchhofer, auch wenn sie nicht anwesend ist, für diese Frage betreffend den Zeitplan des FEB-Reglements. Seit der Aufhebung der Sistierung und dem Start der neuen Legislatur laufen die Arbeiten am FEB-Reglement wieder auf Hochtouren. Neu hinzugekommen ist die Thematik des Massnahmenpakets Kinderbetreuung in Basel-Stadt. D. h. dass Kitas und die Eltern im Umfang von zusätzlichen 36 Mio. Franken jährlich entlastet werden. Dies stellt insbesondere die Gemeinden im Unterbaselbiet als auch Allschwil vor grosse Herausforderungen. Deshalb nimmt die Revision des FEB-Reglements mehr Zeit in Anspruch als ursprünglich gedacht. Weil dadurch sich die Gemeinde Allschwil eben weitere Lösungsmöglichkeiten überlegen oder auch prüfen muss.

Die aktuelle Planung für die Revision des FEB-Reglements sieht vor, dass die Arbeiten im ersten Halbjahr 2025 abgeschlossen und im Anschluss das Reglement und der Bericht via Einwohnerratsbüro der vorbereitenden Kommission zugestellt werden können. Besten Dank.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Silvia Stucki, für die Antwort, auch Danke schön im Namen von Hanna Kirchhofer. Die nächste Fragestellerin auf meiner Liste ist Tatjana Despotovic, und ich möchte dich einfach bitten, zuhänden des Protokolls deine Frage noch einmal zu verlesen.

Tatjana Despotovic, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, verehrte Kollegen. Die Glas- und Entsorgungsstellen beim Mattenpark und vor allem im Lettenareal werden immer mehr vermüllt. Es werden halbe Haushalte entsorgt. Meine Frage ist, ob die Gemeinde genügend gegen diese **Wilddeponien** unternehmen wird.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Tatjana Despotovic. Bitte das Mikrofon noch wieder abschalten. Ich übergebe das Wort an Gemeinderätin Biljana Grasarevic.

Biljana Grasarevic, Gemeinderätin: Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzter Rat, geschätzte Tatjana. Vielen Dank für diese Frage, die ich sehr gerne beantworte. Die Werkstoffsammelstelle beim Wegmattenpark wird jeweils von Montag bis Freitagmorgen und zusätzlich während des Sommers auch am Wochenende durch die Mitarbeitenden der Gemeinde Allschwil gereinigt. Trotz dieser regelmässigen Reinigung kommt es natürlich wiederholt vor, dass die Sammelstelle im Laufe des Tages mit Abfällen oder mit sonstigen Dingen überfüllt wird. Dadurch entsteht leider der Eindruck der wilden Deponie.

Der Gemeinderat hat im Jahr 2010 die folgende Regelung für den Unterhalt festgelegt: Unter der Woche, also im Wochentagbetrieb von Montag bis Freitag, wird diese Stelle täglich am Morgen auch durch die Regiebetriebe der Gemeinde gereinigt und betreut. An Wochenenden, also Samstag und Sonntag, und an Feiertagen liegt die Betreuung in der Verantwortung der Eigentümer, oder Mieterschaft, insbesondere der Coop-Filiale. Die bestehenden Massnahmen, die ich genannt habe, entsprechen bereits den betrieblich umsetzbaren Möglichkeiten. Leider ist es zurzeit weder organisatorisch noch personell realisierbar, diese Stellen rund um die Uhr zu überwachen oder auch kontinuierlich zu reinigen. Ich verstehe, dass meine Antwort möglicherweise als unzureichend wahrgenommen wird. Ich möchte aber betonen, dass wir es mit einer schweizweiten, gesamtgesellschaftlichen Herausforderung zu tun haben. Diese kann man nicht allein durch zusätzliche Massnahmen vollständig lösen. Solche zusätzlichen Massnahmen würden natürlich auch zusätzliche Kosten bedeuten. Wir werden aber sehr gerne weitere Möglichkeiten diskutieren und prüfen.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Biljana Grasarevic. Ich möchte Tatjana Despotovic fragen, ob ihre Frage für sie beantwortet ist. Sie nickt.

Tatjana Despotovic, FDP-Fraktion: Ja, die Frage ist beantwortet, das Problem bleibt.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, dieses Problem kann man auch nicht im Rahmen der Fragestunde lösen. Insofern liegt es in der Natur der Sache. Eine weitere Frage, die mir mitgeteilt wurde, stammt von Nico Jonasch. Ich möchte Nico sogleich bitten, seine Frage zuhänden des Protokolls zu formulieren.

Nico Jonasch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe auch eine Frage, deshalb spreche ich. Und zwar: Nach mehreren Rückmeldungen aus der Bevölkerung ist mir selbst dann auch aufgefallen, dass beim **Schulhaus** nebenan, also in diesem Komplex, in dem wir hier sitzen, **neue Storen** montiert wurden. Dies ist nach meiner Kenntnis ohne Information an den Einwohnerrat erfolgt und durchgeführt. Beim Ersatz der Storen handelt es sich meines Wissens um einen Garantiefall innerhalb der Garantiefrist. Mich würde interessieren: Was hat die Instandsetzung

gekostet und was hat die Gemeinde Allschwil an Geld beitragen müssen – also musste sie Geld an diesen Garantiefall beitragen und wenn ja, wie viel?

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Wem darf ich das Wort erteilen? Ich übergebe das Wort an Gemeinderat Christoph Morat.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, lieber Nico. Dies waren nun mehrere Fragen miteinander. Tatsächlich stand im letzten Wochenblatt – ich weiss nun nicht genau, war es eine Abendausgabe oder eine Gesamtausgabe – ein Bericht über diese Storen. Ich durfte berichten, dass die Gemeinde Allschwil, die Verwaltung und der Gemeinderat sehr froh darüber sind, dass wir eine Einigung mit den damaligen Planern und der entsprechenden Firma, die sie geliefert hatte, gefunden haben. Es ist eine etwas kompliziertere Sache. Wir haben schon mehrfach hier berichtet. Kollege Robert Vogt, der ja das Ressort Immobilien bis im Juli 24 hatte, setzte auch den Einwohnerrat darüber in Kenntnis. Ich weiss nun nicht mehr genau, ob es in Form eines Info-Fensters war, oder ob es tatsächlich ein Kleinbericht war. Der Einwohnerrat aber hatte wirklich schon einmal davon gehört.

Es ist tatsächlich eine ärgerliche Geschichte. Ich kann es hier in kurzen Worten noch einmal wiedergeben: Die Storen konnten den Anforderungen nie entsprechen. Dies war aber auch vor allem der besonderen Geometrie dieses Schulhauses geschuldet. Mit der Hochschule Luzern gingen wir wirklich wissenschaftlich auf den Grund. Was die Hochschule Luzern herausgefunden hat, übertraf sogar das normale Planerwissen und das normale Unternehmerwissen, welches meiner Meinung nach in der Schweiz sehr hoch ist. Auch die Planer wussten also nicht so recht, was sie ausschreiben, was sie planen. Angesichts dessen hat man sich mit den beiden Parteien geeinigt. Deine Frage nach den Kosten: Wir sind bei 834'683 Franken für die ganze Storenanlage. Dies betrifft beide Häuser, also das Hallengebäude wie auch das Schulgebäude. Davon bezahlte der Unternehmer 270'000 Franken übernommen, inkl. die Bauleitungskosten. Der Generalplaner übernahm 300'000 Franken, inkl. der Abnahme. Die Gemeinde Allschwil bezahlte 200'000 an die Sanierung. Es kamen aber noch verschiedene Windwächter hinzu, damit man genauer messen und die Anlage genauer steuern kann, wenn höhere Winde zu erwarten sind, damit sie schneller raufgeht. Dies waren noch einmal knapp 65'000 Franken. Die Kosten der Gemeinde Allschwil beliefen sich auf grob 265'000; es ist etwas weniger.

Was dem Gemeinderat grosse Freude gemacht hat, ist, dass das Ganze ohne Gerichtsverfahren über die Bühne ist. Man musste sich nicht in jahrelangem Rechtsstreit mit den beiden anderen Parteien auseinandersetzen. Deswegen hat der Gemeinderat dem auch zugestimmt. Du hast noch erwähnt, deiner Meinung nach wäre es in der Garantiefrist. Die Garantiefrist war fünf Jahre, d. h. sie ist im Jahr 21 abgelaufen, da im 2016 diese Storenanlage abgenommen wurde. Sie hatte natürlich immer Mängel. Wir haben diese Mängelmeldungen auch vorgenommen. Allerdings gibt es im Schweizer Vertragswesen eine Klausel, ein sog. *Verzicht auf Verjährung*. Dies war uns tatsächlich auch nicht bekannt, nicht einmal mir, der jeden Tag mit solchen Dingen zu tun hat. Nach Ablauf der Garantiefrist müsste man einen sog. Verzicht auf Verjährung beim Unternehmer einfordern, sonst ist die Verjährung und Garantie abgelaufen. Deswegen suchte man eben einen Kostenteiler. Wir haben auf der Verwaltung nun sofort auch darauf reagiert, haben unsere Prozesse geprüft und angepasst, sodass alle Projektleitenden mit dieser Thematik besser vertraut sind und den Prozess so abbilden, sodass man es bei der Abnahme und wenn nach der Abnahme die Garantiezeit vorbei ist, noch einmal abfragt und noch einmal einfordert, sodass es bei einem zweiten Fall sicher nicht mehr passieren kann.

Wir alle haben von der Wissenschaft etwas daraus – ein Hoch auf die Wissenschaft, auch an dieser Stelle. Wir hoffen natürlich, dass es nicht mehr passiert. Das Wichtigste primär ist, die Kinder und die Lehrpersonen haben jetzt eine funktionierende Storenanlage. Auch die Sportvereine, die im Sommer auch darauf angewiesen sind, dass die Sonne nicht blendet, wenn sie Volleyball oder Badminton spielen. Dies sollte nun der Vergangenheit angehören. Man hat jetzt die bessere Anlage. Insofern kann ich vielleicht auch in gewisser Hinsicht als Fachmann für Bauten sagen, wir haben auch einen gewissen Mehrwert gegenüber der Anlage, die wir zuvor bezahlt hatten. Insofern ist der Gemeinderat mit dem Abschluss von diesem ärgerlichen Vorfall mit diesen Storenanlagen sehr zufrieden.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Christoph Morat. Ich frage Nico Jonasch an, ob seine Frage damit beantwortet ist. Er nickt mit dem Kopf. Somit schliesse ich daraus, dass dies der Fall ist. Eine weitere Frage von Urs Poživil, die mir aktenkundig ist. Ich möchte dich auch gleich bitten, zu Händen des Protokolls diese Frage zu verlesen.

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. Am 19. Oktober fand hier im Saal Gartenhof zum ersten Mal der Schlagerevent „*Hudigägerle*“ statt. Aus der Allschwiler Bevölkerung wurde an mich herangetragen, dass dazu eine **Defizitgarantie gesprochen** wurde. Meine Frage: Stimmt das, wurde vom Gemeinderat eine Defizitgarantie gesprochen und wenn ja, wie hoch war sie und wurde sie vom Veranstalter genutzt?

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Urs Poživil. Ich gebe das Wort Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Rat. Ich spreche als Stellvertreter von Gemeinderat Andreas Bammatter, der diese Frage beantwortet hätte, denn sie fällt ins Ressort Kultur. Jawohl. Das ist richtig. Für diesen Anlass wurde eine Defizitgarantie gestellt, in der Höhe von 5'000 Franken wurde sie auch gesprochen. Aufgrund des Defizits, welches die Veranstaltung eingefahren hat, erhielt der Veranstalter tatsächlich die Auszahlung dieser 5'000 Franken Defizit gefordert. Aktuell ist es so, dass die eingereichten, vorhandenen Unterlagen – das sind Schlussrechnung und Schlussbericht – geprüft werden. Was dabei herauskommt, werden wir dann noch sehen. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Philippe Hofmann. Ich frage Urs Poživil an, ob die Frage beantwortet ist. Er nickt ebenfalls mit dem Kopf. Somit gehe ich davon aus, dass dies der Fall ist. Weitere Fragen sind mir nicht aktenkundig. Ich möchte den Rat trotzdem fragen: Gibt es noch weitere Fragen? Das ist der Fall, ich gebe das Wort an Mark Aellen.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Danke schön. Es tut mir leid, dass ich diese Fragen nicht schriftlich einreichen konnte. Deshalb formuliere ich sie auch so, damit sie einfach beantwortbar sind. Ich möchte zwei Fragen stellen. Bei der ersten Frage geht es um den Schützenweg. Dieser wurde relativ lang umgebaut, es gab einen neuen Belag. Und jetzt zur Einfahrt in die Wanderstrasse wird dieser Belag wieder weggerissen und durch ein Kopfsteinpflaster ersetzt. Ist dem Gemeinderat bekannt, weshalb man zuerst einen Asphaltbelag legt, den man nachher wieder wegreisst, um ein Kopfsteinpflaster anzubringen, welches bei allen anderen Einfahrten in dieser Wohnstrasse von vornherein gelegt wurde?

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Mark Aellen. Wem vom Gemeinderat darf ich das Wort erteilen? Ich gebe es Gemeinderat Robert Vogt.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Ich kann darauf eine einfache Antwort geben. Im Baugewerbe ist es üblich, dass man Strassenbeläge wegen der grossen Maschinen durchzieht und nachträglich kleine Abschnitte, wie hier die Angesprochenen, wieder rausräut, und die Kopfsteinpflaster, die als Einfahrtsschutz gedacht sind, nachträglich von Hand einbaut.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Robert Vogt ...

Mark Aellen, SP-Fraktion: ...Ich bin nicht ganz befriedigt, denn auf der unteren Seite hat man es geschafft, es von Beginn weg einzubauen, auf der oberen Seite räut man. Das Argument scheint nicht ganz stimmig. Aber es ist okay, ich nehme es zur Kenntnis.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, und zuhanden des Protokolls, das war Mark Aellen. Gibt es noch weitere Fragen?

Mark Aellen, SP-Fraktion: ... noch die Zweite.

Stephan Wolf, Präsident: Mark Aellen hat noch eine zweite Frage. Dann bitte ich dich doch, diese zu stellen.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Die zweite Frage ist: In den vergangenen Tagen vom Dezember hat die bz darüber berichtet, was im Kanton Basel-Landschaft wegen der Anpassungen bezüglich Kita in Basel-Stadt passiert. Franz Vogt wurde darin erwähnt, als Gemeinderatspräsident von Allschwil und hat ein Votum abgegeben, woraus ich der Zeitung entnehme, was lautet: „*Wir sollten nicht in Aktivismus verfallen.*“ Es ist für mich persönlich sehr schwierig, dieses Votum zu platzieren. Denn rundum wird in diesem Artikel gesagt, was all die anderen Gemeinden gemacht haben, es wurde Geld gesprochen usw. Wir hier haben eigentlich als FIREKO und als Gemeinderat den Antrag gestellt, dass wir auch etwas machen, und der Einwohnerrat hat anders entschieden. Deshalb ist ein solches Statement, wie

es ohne weitere Erklärungen abgegeben wurde, schwierig zu interpretieren. Ich würde mich freuen, wenn der Gemeinderat hier erklären könnte, was er damit wirklich meint. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Mark Aellen. Wem vom Gemeinderat darf ich das Wort erteilen? Im Zweifelsfall dem Gemeindepräsidenten Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Mark Aellen, Danke schön für diese Frage. Ich wurde von diesem Journal angefragt und habe ihm bereitwillig Auskunft gegeben. Wie es halt so ist, erhalte ich die Zitate nachher schon zum Gegenlesen. Das habe ich selbstverständlich auch gemacht. Aber in welchem Kontext ganz genau sie in den Text eingefügt werden, kann ich natürlich nicht beeinflussen. Er schickt mir nicht den ganzen Text vorher. Das weisst du ja selbst auch. Ich habe dann einfach weitergegeben, was der Einwohnerrat beschlossen hatte. Jetzt ist es halt so, dass der Kanton Basel-Landschaft daran ist, eine Lösung zu suchen. Dies ist eigentlich meine Aussage, die ich gemacht habe. Und dazu stehe ich auch, dass man nicht den Kopf verlieren soll, sondern dass man sauber an einer Lösung arbeiten soll. Ich bin nicht sicher, ob dies auch erwähnt wurde. Ich habe es bestimmt gesagt – aber ob er es geschrieben hat, weiss ich nicht mehr – dass wir natürlich das Niveau der Subventionen von Basel-Stadt nicht erreichen werden können, denn diese sind, wie soll ich sagen, doch sehr sportlich. Es braucht ein sehr solventes Gemeinwesen dahinter. Selbstverständlich steht es mir in keiner Weise zu, den Nachbarkanton zu kritisieren. Ich hoffe, die Frage ist so weit beantwortet.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Ich frage Mark Aellen an, ob seine Frage damit beantwortet ist.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Ich entnehme ihr, dass die Formulierung von Aktivismus so nicht gefallen ist. Denn das, was du nun erklärt hast, ist, dass du gesagt hast, man müsse sich mit dem Kanton arrangieren, man zähle darauf, dass dieser eine Entscheidung findet. Das ist in diesem Sinn nicht Aktivismus. Ich entnehme dem, die Presse hat dich nicht richtig platziert. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke schön auch, Mark Aellen. Gibt es noch weitere Fragen? Sie war, glaube ich, eine Sekunde schneller, daher gebe ich das Wort Tatjana Despotovic.

Tatjana Despotovic, FDP-Fraktion: Ich habe noch eine zweite Frage gestellt. Die bezieht sich auch auf das Areal Letten, genauer gesagt Platz zwischen Coop und Aldi. Da sind immer ein oder teilweise zwei Bettler anzutreffen. Ich habe versucht, im Polizeireglement zu finden, **ob Betteln bei uns erlaubt** ist. Ich habe es nicht gefunden. Deswegen meine Frage, ob Betteln in Allschwil bedingungslos erlaubt ist und wenn nicht, ob man etwas dagegen unternehmen kann.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Tatjana Despotovic. Wem vom Gemeinderat darf ich das Wort erteilen. Ich gebe das Wort an Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Danke auch für diese Frage. Es ist so, dass man für – ich sage nun nicht Betteln – für das Sammeln von Geld oder ähnlichen Dingen eine Bewilligung haben muss. Im Text heisst es: *«Wer ohne Bewilligung der zuständigen Behörde öffentlich Gelder oder andere Sachen sammelt oder schriftliche Empfehlung zum Sammeln ausstellt, wird mit Busse bestraft. Das gesammelte Geld kann beschlagnahmt werden.»* Nun muss man es ein wenig in Relation stellen. Tatsächlich ist es so, dass es wenige Bettler gibt. Wir haben pro Jahr ungefähr fünf bis acht solche Fallmeldungen, die bei der Polizei eintreffen, das ist nicht sehr viel. Und, hauptsächlich darf man nicht ganz vergessen, die finden auf Privatareal statt. Also Aldi wie auch Coop wie auch Migros Paradies, sie alle sind Privatareal. Es ist so, eigentlich müsste man eine Bewilligung vom Gemeinderat haben, dass man es machen darf. Wenn diese nicht vorliegt, dann weisen wir die Personen darauf hin. Man könnte sogar noch einen befristeten Platzverweis erteilen. Eine Busse ausstellen kann man aber nur, wenn es auf Antrag der Eigentümer der Privatareale erfolgt. Auf Allmend ist es etwas anderes. Dies ist aber Privatareal. Und solange dort nicht verlangt wird, dass wir die Leute büssen, wird es auch nicht vollzogen.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Philippe Hofmann. Ist die Frage damit beantwortet? Tatjana Despotovic nickt. Deshalb gehe ich davon aus, dass dies der Fall ist. Eine weitere Frage hat noch Lucca Schulz.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident. Ich entschuldige mich, dass es nicht gereicht hat, die Frage vorher einzureichen. Aber ich glaube, man kann sie schnell beantworten. Wir haben am 22. September Tempo 30 angenommen. Ich habe in den Unterlagen jetzt nicht mehr nachvollziehen

können, wie nun der Einführungsplan ist. Könnte man mir hierzu kurz Auskunft geben, bis wann wird es überall in Allschwil eingeführt sein?

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Lucca Schulz. Wem darf ich das Wort erteilen? Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Danke auch für diese Frage. Die erwischt mich nun gerade auf dem falschen Fuss, denn es gibt einen beschriebenen Plan. Den habe ich nun nicht umgehend bei mir. Wenn ich schnell darf, würde ich mich kurz mit Cemi Thoma absprechen, vielleicht weiss er es oder wir finden es. Und nach dem nächsten Traktandum könnte ich noch darauf antworten. Ist das okay? – Auch eine Frage an den Präsidenten!

Stephan Wolf, Präsident: Von meiner Seite okay. Ja. Dann hatte Urs Poživil, glaube ich, noch eine Frage.

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kollegen. Nur aufgrund eines aktuellen Anlasses. Wir haben über die **Stimmrechtsbeschwerde** gesprochen, dass man eine Antwort vom Regierungsrat erhalten hat. Ich habe bis jetzt noch nichts erhalten, auch Florian nicht. Wann kam denn diese Information raus? Heute Morgen habe ich den Briefkasten effektiv noch geleert. Es lag zwar ein Brief vom Kanton drin, dies war aber meine provisorische Steuerrechnung, *[Gelächter]* also keine Stellungnahme des Regierungsrats. Es würde mich einfach noch wundernehmen, wir haben noch nichts erhalten.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Ich gebe das Wort an Gemeindepräsident Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Die ging heute Morgen per Mail bei unserem Juristen ein. Ich hätte sie auch hier, wenn du sie möchtest, kann ich sie dir geben. Ich gehe davon aus, dass ihr sie auch heute per Mail erhalten habt. Per Post geht es halt wahrscheinlich ein, zwei Tage länger. Wir haben sie aber so erhalten.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Ich frage Urs Poživil an, ob ...

Urs Poživil, FDP-Fraktion: ... muss ich aber gleichwohl eine Gegenfrage stellen. Ich finde es eigentlich sonderbar, auch vom Regierungsrat, denn es ging immer über den Schriftweg, alles, tutti quanti. Und dann bekommt ihr solch eine Mail heute Morgen? Das finde ich nun gewiss schwierig, muss ich sagen. Das kann es ja nicht sein. Oder was ist da? Ist es wirklich per Mail bei euch angekommen, oder wie ist es eingegangen?

[Sprechen im Hintergrund]

Stephan Wolf, Präsident: Gut, Franz Vogt!

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Also noch einmal. Wir haben es per Post erhalten. Es ist datiert vom 21. Januar 25. Der Empfänger sitzt hier hinten, Entschuldigung, Ruedi Spinnler. Wir haben es so erhalten. Ich gebe es nachher gerne weiter, dann kannst du es studieren. Es ist acht Seiten lang.

Stephan Wolf, Präsident: Ich gehe davon aus, dass der Postweg dann auch noch zu euch findet. Zu dieser Frage kann nun der Gemeinderat natürlich auch keine Stellung nehmen. Urs Poživil, ist damit deine Frage beantwortet? Gut, prima. Dann hat das Wort oder das Wortersuchen Gemeinderat Philippe Hofmann. Eventuell geht es bereits um die Beantwortung der Frage von vorhin.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Genau. Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Ich konnte mir den Plan schnell geben lassen. Es ist so, wir haben einen Plan gemacht, davon sollte der Einwohnerrat Kenntnis haben, im Geschäft war er enthalten. Ich habe mir nun nur schnell den Plan herausnehmen lassen.

Darauf steht schlussendlich unten beim Detailprojekt:

- Genehmigung durch Polizei BL, allfällige Überarbeitung, Verfügung: **1. Quartal 2025**
Da stehen wir jetzt. Und zwar liegt der ganze Plan nun beim Kanton. Wir warten nun im Rahmen der Vorprüfung auf seine Antwort.

Wenn diese zurückkommt, geht es weiter, wie beschrieben.

- Genehmigung durch Polizei BL, Vorprüfung, das ist jetzt; allfällige Überarbeitung, Verfügung, dann Detailprojekt M+S-Plan, – der liegt vor, Kostenschätzung: **2. Quartal 2025**
- Umsetzung, Realisierung: **4. Quartal 2025**

So jedenfalls ist es im Plan ausgewiesen.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Philippe Hofmann. Einfach zuhause des Protokolls. Dies war die Beantwortung der Frage von Lucca Schulz. Ich möchte Lucca Schulz gleich anfragen, ob seine Frage damit beantwortet ist? Er nickt. Deswegen gehe ich davon aus, dass dies der Fall ist. Gibt es noch weitere Fragen aus dem Einwohnerrat? Das ist nicht der Fall. Dann würde ich damit die **Fragstunde beenden** und zu Traktandum 4 übergehen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 4

Interpellation von Lucca Schulz, SP-Fraktion, vom 4.9.2024,
betreffend Autoposing
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4747 / A

Stephan Wolf, Präsident: Die Rednerreihenfolge würde gemäss § 75 Geschäftsreglement so aussehen, dass zuerst der Interpellant, Lucca Schulz, das Wort erhält, anschliessend Gemeinderat Philippe Hofmann. In diesem Sinn gebe ich das Wort an Lucca Schulz.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Ich bedanke mich für die Beantwortung der Interpellation. Ich bin mit der Art und Form der Beantwortung natürlich zufrieden. Ich habe nun aber drei Rückfragen an den zuständigen Gemeinderat. Die erste Frage ist etwas länger. Stimmt der zuständige Gemeinderat oder der Gesamtgemeinderat mit mir überein, dass es vor dem Hintergrund, dass allgemein bekannt ist, dass die Gemeindepolizei abends nicht tätig ist, dass Autoposing, dieses Phänomen, abends vorkommt, dass es ein relativ kurzes Phänomen ist, eine sehr kurze Lärmstörung, nicht überrascht, dass die Betroffenen nicht zum Telefon greifen und eine Meldung machen? Und dass dies der Grund sein könnte, dass es eben keine objektive Datengrundlage dazu gibt? Ob man dem zustimmt, ist die erste Frage.

Die zweite Frage wäre, ob es, auch wenn die Ausführungen in der Antwort richtig sind, nicht trotzdem sinnvoll wäre, sich an einem Pilotprojekt zu beteiligen oder in Zukunft anzustreben, damit man eben bei einer späteren Umsetzung, wenn sie dann national oder kantonale kommt, effektiver wäre.

Die dritte Frage ist, ob sich die Gemeinde oder der Gemeinderat vorstellen könnte, sich bei einer nationalen oder kantonalen Initiative auf Einführung dieser Lärmblitzer oder dahingehenden Bestrebungen beteiligen würde.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Lucca Schulz. Ich gebe das Wort an Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Danke vielmals. Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Merci, Danke schön für diese Nachfragen. Du musst mir allerdings nachher noch einmal helfen, denn trotz allem schreiben mit Fragen und Antwort habe ich, glaube ich, nicht die richtigen Antworten. Zur Frage 1, das habe ich noch mitbekommen, dass ich diese Einschätzung teile. Ich würde sagen, für den Gesamtgemeinderat kann ich selbstverständlich nicht reden, höchstens für mich persönlich. Was meine Meinung betrifft, kann es möglich sein, dass es deshalb nicht bekannt ist. Möchte aber sagen, dass wir durchaus Verkehrslärmmeldungen haben. Diese betreffen nicht Autoposing, sondern Töff und Töffrennen und illegale sonstige Sachen. Das, was auch ein relativ kurzfristiges Phänomen ist, wenn irgendwo ein Töff durchbrettert. Solche Meldungen kommen zur Polizei, sind mir bekannt, konnten wir auch ahnden und büssen. Diese Personen konnten wir – ich sage mal im übertragenen Sinn – «aus dem Verkehr ziehen».

Frage 2, ob wir uns an einem Pilotprojekt beteiligen würden, war das richtig? Auch dies ist etwas, was ich nicht beurteilen kann. Da müsste ich fragen, was es für ein Pilotprojekt ist, worum geht es genau. Also konkret, die Vorlage würde doch der Gesamtgemeinderat beschliessen. Man müsste es noch einmal anschauen. Fakt ist einfach, zur aktuellen Situation sind die Lärmblitzer auf Schweizer Strassen nicht zugelassen. Dies hat der Bundesrat im Oktober 2024 so beschieden. Dementsprechend macht es auch keinen Sinn, wie es zuvor in der Subordination ausgeführt habe, dass man etwas versucht oder macht, was gemäss Bundesgericht aktuell nicht zugelassen ist.

Frage 3 bitte ich noch einmal zu stellen, die habe ich schlichtweg nicht mitbekommen.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Philippe Hofmann. Dann gebe ich das Wort Lucca Schulz und ich möchte ihn insbesondere auch anfragen, auch wenn er es bereits angedeutet hat, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Ich bin mit der Antwort zufrieden. Zur Konkretisierung der Frage 3: Kann sich der Gemeinderat vorstellen oder wäre er offen, nationale oder kantonale Bestrebungen von anderen Gemeinwesen zu unterstützen oder sich ihnen anzuschliessen, die darauf abzielen, dass man sich dafür einsetzt, dass solche Lärmblitzer in der Schweiz zugelassen sind und es gesetzlich geregelt wird?

Stephan Wolf, Präsident: Dann gebe ich das Wort noch einmal an Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Jawohl, Danke schön, merci für die Wiederholung der Frage, die mir zuvor leider entging. Auch dazu, selbstverständlich ist der Gemeinderat per se immer offen für alle eingehenden Anfragen. Selbstverständlich gilt auch hier wieder eines, dass ich nicht über meine Gemeinderatskolleginnen und -kollegen bestimmen kann, und somit dir als Antwort vage gebe, dass wir es selbstverständlich prüfen würden, wenn so etwas vorliegen würde, und dann unter Berücksichtigung der vorliegenden Fakten einen Entscheid fällen würden. Grundsätzlich ist der Gemeinderat gegen nichts per se verschlossen oder per se immer offen, sondern wir prüfen unter Faktenlage, was bei uns auf den Tisch kommt.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Philippe Hofmann. Es ist nun so, dass eine Diskussion nach § 50 Abs. 4 nur dann stattfindet, wenn kein Gegenantrag vorliegt. Ich stelle die Frage, ob ein Gegenantrag gestellt wird. Das ist nicht der Fall. Daher würde jetzt noch eine Diskussion stattfinden. Zuerst die Fraktionssprecher und nachher die allgemeine Rednerliste. Ich möchte den 1. Vizepräsidenten, Mehmet Can, bitten, die entsprechende Rednerliste zu führen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Ich sehe keine Wortmeldungen. Entsprechend ist die Rednerliste erschöpft.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Mehmet Can. Damit gilt die **Interpellation** als **beantwortet** und **erledigt abgeschlossen**. Eine entsprechende Abstimmung ist nicht notwendig.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 5

Interpellation von Christian Jucker und Hanna Kirchhofer, GLP, betreffend vom 30.9.2024 betreffend Kunststoffrecycling
Geschäftsvertretung: GR Biljana Grasarevic, Geschäft 4754 / A

Stephan Wolf, Präsident: Die Rednerreihenfolge würde auch hier so aussehen, dass zuerst der Interpellant, Christian Jucker, das Wort erhält und anschliessend Gemeinderätin Biljana Grasarevic. In diesem Sinn hat Christian Jucker nun das Wort.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Rat, liebe Biljana. Ich glaube, ich möchte nicht, dass man die ganze Beantwortung der Interpellation wiederholt. Es steht das meiste drin. Was sich seit unserer Interpellation getan hat, gab es auch relativ viele Medienberichte. Wer also Zeitungen gelesen hat, konnte auch viel über das *recypac-System* lesen. Ich finde, die Interpellation ist gut und klar geschrieben. Es ist eine sinnvolle Beantwortung. Ich glaube, nun in der Rückschau kann man auch wieder sagen, dass die Gemeinde Allschwil es eigentlich geschafft hat, in der Kunststoffabfuhr eine sehr innovative Lösung, die sogar wirtschaftlich funktioniert,

einzuführen. Insofern sehen wir als Fraktion und auch als GLP keinen Grund, etwas daran zu ändern. Das recypac-System ist am Entstehen, es wird sich noch einiges ändern. Für eine Einführung in Allschwil würde es aber zu einem dramatischen Leistungsabbau führen. D. h., da, wo jetzt das Plastik vor der Tür abgeholt wird, müsste man in Zukunft mehr bezahlen und die Säcke in den Laden bringen. Insofern stimmen wir mit der Gemeinde überein, für das wenige Geld, was wir dabei vielleicht sparen würden, rentiert es sich im Moment nicht.

Was mir auch noch wichtig ist: Ich habe noch kurz auch mit Andreas Dill gesprochen, dem ich noch einmal für seine innovative Tätigkeit danke, denn Allschwil ist mit der Kunststoffabfuhr wirklich führend. Mir erzählen die Leute immer wieder einige Irrtümer zu dieser Kunststoffabfuhr. Ich möchte einfach zwei, drei Gerüchte oder Sachen, die sich die Leute gegenseitig erzählen, noch schnell erwähnen. Die Sammlung rentiert sich ökologisch. Es ist nicht so, dass es nur ein Nullsummenspiel ist. Vor allem auch für die zukünftige Entwicklung, wenn Kunststoffe besser trennbar sind und besser deklariert und auch besser recycelt werden, wird sich der ökologische Nutzen noch verstärken. Was auch noch wichtig ist: Viele Leute erzählen, es würde manuell sortiert. Das ist nicht so. Es ist eine maschinelle Sortierung. Das ganze Material kommt in eine Schredderanlage und wird danach hoch automatisch sortiert. Es scheint mir angebracht: viele Leute sprechen immer noch davon, es gäbe irgendwo eine manuelle Sortierung und das Zeug würde von Niedriglohnarbeitern und -arbeiterinnen auseinander geknüpft.

Die Sammelwege sind optimal kurz. Insgesamt, hat er mir gesagt, sind es für die ganze Sammlung im ganzen Dorf 70 Kilometer. Das wird sich mit Einzelfahrten mit Coop nie rentieren. Man hätte einen viel grösseren, ökologischen Impact. Und, es ist besser, Kunststoff zu recyceln, als damit zu heizen. Das wären eigentlich meine Ausführungen dazu. Wir stimmen den Ausführungen der Gemeinde bei. Wir werden, wenn sich die recypac-Sache weiterentwickelt hat, den Finger draufhalten, damit man es vielleicht in zwei, drei Jahren noch einmal anschaut. Gegenwärtig besteht nach unserer Meinung kein weiterer Handlungsbedarf. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Christian Jucker. Ich gebe das Wort Gemeinderätin Biljana Grasarevic.

Biljana Grasarevic, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat, geschätzter Christian. Vielen Dank für das Kompliment an die Gemeinde und eben unserem System. Auch Dank für die Erklärung und die Zusammenfassung, die ich eigentlich in diesem Sinn vorbringen wollte. Es ist super so, vielen Dank. Wie bereits erwähnt, sieht der Gemeinderat in diesem System zurzeit keinen Mehrwert. Selbstverständlich werden auch wir weiterhin die Entwicklungen beobachten und mögliche Verbesserungen oder dann Kooperationen prüfen. Besten Dank.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Biljana Grasarevic. Auch hier möchte ich im Sinn von § 50 Abs. 4 den Interpellanten anfragen, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ja, wir sind zufrieden.

Stephan Wolf, Präsident: Besten Dank. Auch bei dieser Interpellation gilt natürlich, dass eine Diskussion nur dann stattfindet, wenn kein Gegenantrag vorliegt. Deshalb frage ich den Rat: Wird ein solcher Gegenantrag gestellt? Das ist nicht der Fall. Dann würden wir jetzt zur Diskussion übergehen. Wiederrum zuerst die Fraktionssprecherinnen und -sprecher und anschliessend die allgemeine Rednerliste. Ich möchte den 1. Vizepräsidenten, Mehmet Can, bitten, die Rednerliste entsprechend zu führen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Lucca Schulz, Sie haben das Wort.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Anwesende. Nicht als Fraktionssprecher, sondern als Einwohnerrat, möchte ich mich natürlich meinen beiden Vorrednern anschliessen. Es ist aber nicht der Punkt, weshalb ich das Wort ergreife, sondern, wenn wir schon mal beim Thema Kunststoffrecycling sind, ist mir noch etwas anderes in den Sinn gekommen, resp. zuge tragen worden. Es gab vor ungefähr vier Jahren ein berühmtes Video von unserem Gemeinderat Philippe Hofmann, in dem er sich für eine konsequente und getrennte Sammlung von Tetra Pak einsetzte. Dies ist auch ein recyclingfähiges Gut. Dazu möchte ich die Gemeinderätin gerne fragen, wie es da aussieht. Was sind die Bemühungen, oder sind sie nun mit diesem Video bereits erschöpft? Denn beispielsweise könnte man relativ einfach in der Verordnung zum Abfallentsorgungsreglement – in Art. 12 gibt es eine Auflistung mit den Dingen, die man separat sammelt – lit. g mit Tetra Pak ergänzen, oder wie auch immer der technisch korrekte Name ist. Es wurde übrigens auch bei der damaligen

Beratung vom KBU-Präsidenten, Andreas Bärtsch, gefordert und es gab auch die Zustimmung vom Einwohnerrat, dann wäre es ja schön. Die Gemeinde war mit der Sammlung von Plastik sehr innovativ. Man könnte nun auch weiterhin innovativ oder noch einmal innovativ mit der Sammlung von Tetra Pak sein, denn auch dort gibt es noch ein grosses, ungenutztes Potenzial fürs Recycling.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Ich sehe keine ... – ah, Entschuldigung Frau Grasarevic.

Biljana Grasarevic, Gemeinderätin: Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzter Rat, lieber Lucca. Besten Dank für diesen Hinweis. Dieses berühmte Video muss ich zuerst noch schauen. Deshalb kann ich jetzt noch keine Aussage dazu geben. Auch vor allem natürlich zum Inhalt, den ich aber gerne aufnehmen, prüfen und auch weiterverfolgen werde. Danke.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Nun gehe ich davon aus, dass es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt. Entsprechend wäre die Rednerliste auch wieder erschöpft.

Stephan Wolf, Präsident: Besten Dank, Mehmet Can. Damit gilt die **Interpellation** als **beantwortet** und als **erledigt abgeschrieben**, gestützt auf § 50 Abs. 5 Geschäftsreglement. Eine Abstimmung hat nicht stattzufinden.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 6

Motion von Lucca Schulz, SP-Fraktion, vom 1.9.2024, betreffend
Sinnvolle Kriterien zur Ausrichtung der kommunalen Winterzulage
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4746

Stephan Wolf, Präsident: Trotz des Antrags für Entgegennahme möchte ich Gemeinderat Robert Vogt jetzt noch das Wort erteilen.

Robert Vogt, Gemeinderat: Danke schön, ich verzichte.

Stephan Wolf, Präsident: Dann gebe ich das Wort Lucca Schulz als Motionär.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Hoffentlich zum letzten Mal heute. Ich nehme es vorweg: Mit dem Ergebnis der Budgetdebatte vom 3. und 4. Dezember ist diese Motion offensichtlich hinfällig, weil sich der Einwohnerrat entschlossen hat, die ganze Winterzulage abzuschaffen. Deshalb nehme ich es vorweg, ziehe ich meine Motion zurück, da sie vor diesem Hintergrund keinen Sinn mehr macht. Ich habe es mir aber effektiv ein wenig überlegt, denn, man muss schon noch einmal festhalten, dass es ein sehr erstaunlicher Vorgang war. Man hatte 2022 und 2023 genau dieselbe Debatte mit sehr vielen Leuten geführt, welche dieselben hier waren. Die Meinungen haben sich nun anscheinend bei den einen innerhalb eines Jahres, bei den anderen innerhalb von zwei Jahren um 180° gedreht. Vor diesem Hintergrund habe ich mir tatsächlich überlegt, ob ich die Motion stehen lassen soll, denn vielleicht hat man die Meinung in einem Monat ja noch einmal geändert. So viel Konsequenz habe ich dann tatsächlich zugetraut.

Ich habe mir auch wirklich überlegt, ob ich nun wie die Gegenseite, die es in den neun vergangenen Jahren forderte, in den kommenden neun Jahren viermal fordern soll, dass man die Winterzulage einführt. Ich überlege es mir noch. Es tut nun eigentlich in diesem Sinn nichts zur Sache. Es soll aber noch einmal deutlich machen, dass es für die Betroffenen schon stossend ist, wenn eine Fraktion ihre Meinung innerhalb eines Jahres ohne Begründung ändert. Ich halte das für nicht korrekt und es wird dem auch nicht gerecht. Vor diesem Hintergrund habe ich gespürt, dass nun manchmal Unmut aufkommt, dass ausgerechnet von meiner Fraktion oft der Antrag auf namentliche Abstimmung kommt. Aber auch da muss man sich ja nicht wundern. Denn es gehört nun mal dazu. Wir treffen Entscheidungen, aber man muss auch dazu stehen. Wenn es halt mit einer namentlichen Abstimmung funktioniert, werden wir sie in Zukunft noch mehr fordern. Einfach, damit Sie es verstehen.

Noch einmal zum Schluss: Bei einer namentlichen Abstimmung spüre ich manchmal einen gewissen Unmut. Sie geht maximal fünf Minuten, es ist ein parlamentarisches Recht. Das können sie auch machen. Sie von der Gegenseite haben auch das parlamentarische Recht ergriffen, sie haben mehrere

Geschäfte unters Behördenreferendum gestellt, wobei sie die Sinnhaftigkeit wahrscheinlich selbst nicht verstanden haben. Da kostete das parlamentarische Recht mehrere Zehntausend Franken gekostet. Bei uns kostete es fünf Minuten. Also müssen Sie dies leider auch ertragen. Ich habe geschlossen. Merci. Ich ziehe sie, fürs Protokoll, zurück.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Lucca Schulz. Dann stelle ich zuhänden des Protokolls fest: Das Einwohnerratsgeschäft **4746, Motion** von Lucca Schulz, betreffend sinnvolle Kriterien zur Ausrichtung der kommunalen Winterzulage, **zurückgezogen** wurde.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Postulat von Noëmi Feitsma-Wirz, SP-Fraktion, vom 11.9.2024, betreffend
E-Rikscha Ausleihe für Allschwil

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4749

Stephan Wolf, Präsident: Die Rednerreihenfolge gemäss § 75 des Geschäftsreglement sieht vor, dass zuerst die antragstellende Person, nämlich Noëmi Feitsma, das Wort erhält, anschliessend Gemeinderat Philippe Hofmann, bevor dann die Fraktionssprecher und die allgemeine Rednerliste zum Zug kommen. Somit möchte ich das Wort Noëmi Feitsma erteilen.

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich kann mich ganz kurzhalten. Ich finde, man könnte mit sehr wenig Aufwand, finanziellem Aufwand oder auch zeitlichem Aufwand einen grossen Mehrwert für einen Teil der Bevölkerung und für die Lebensqualität in Allschwil schaffen. Deshalb finde ich es schade, wenn es nicht überwiesen wird.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Dann übergebe ich das Wort an Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Danke schön auch für dieses Geschäft 4749. Zur Begründung der Nichtentgegennahme. Sie liegt hier vor. Es ist tatsächlich so, einfach wie wir es bereits beschrieben hatten. Erstens betrifft es nur eine kleine Zielgruppe, von der dieses Angebot genutzt werden könnte. Ob es über viel mehr Lebensqualität verfügt oder nicht, sei dahingestellt. Und falls man es gerne möchte, steht es immer noch frei, auf eigene Initiative zu buchen. Es ist eine typische Angelegenheit eines solchen Geschäfts, bei dem wir beschliessen mussten, muss ich sagen, es ist nicht Aufgabe der Gemeinde, dass man es so finanzieren will. Privat finanziert kann es durchaus stattfinden. Es ist so, dass es möglich ist. Es ist Aufgabe von Privaten, dass sie genügend finanzielle Mittel beschaffen, um es einführen zu können, dass sie es auch mit Spenden durchführen können. Der Gemeinderat sieht daher auch keine Notwendigkeit, dieses Projekt zu unterstützen. Pro Senectute beider Basel kann aber in Allschwil Projektpartner rekrutieren, wenn sie will. Es steht ihr frei. Wenn es ihr ein Anliegen ist, dass man es unbedingt in Allschwil anbieten will, dann wird sie wohl auch entsprechende Partner finden, die es machen können, wie man es auch an anderen Orten machen kann. Für die Gemeinde Allschwil aber gibt es keine Notwendigkeit für dieses Angebot. Daher plädieren wir klar für Nichtentgegennahme.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Philippe Hofmann. Nun wären die Fraktionssprecher ... – Noëmi Feitsma, Entschuldigung, ich habe dich nicht gesehen. Ich gebe dir noch einmal das Wort.

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Geschätzter Philippe Hofmann, geschätzte Anwesende. Das ist es, was ich schade finde. Es geht doch nicht um die Finanzierung. Es geht darum, dass man mal auf die Pro Senectute zugehen und abklären könnte, ob eine Finanzierung überhaupt notwendig wäre, oder ob es reichen würde, wenn man sich mal anbieten würde. Ich finde es, wie zuvor erwähnt, nicht sehr viel Aufwand und daher schade, dass der Gemeinderat dem nicht positiver entgegensteht.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Noëmi Feitsma. Dann würden wir, falls Philippe Hofmann nicht noch einmal das Wort erhalten möchte, was nicht der Fall ist, zur allgemeinen Rednerliste übergehen. Zuerst die Fraktionssprecherinnen und -sprecher und dann der Gesamteinwohnerrat. Ich möchte den 1. Vizepräsidenten, Mehmet Can, bitten, in diesem Sinn die Rednerliste zu führen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Ich sehe keine Wortmeldungen. Entsprechend ist die Rednerliste auch gleich erschöpft.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, dann gehen wir zur **Abstimmung** über die Überweisung dieses Postulats. Wer dieses Postulat ... – Niggi Morat, ja, bitte!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ich habe nur die Fraktionssprecher abgewartet. Entschuldigung. Ich möchte nur schnell ein Wort darüber verlieren, wegen den Kosten. Es wurde gar nicht nach den Kosten gefragt, sondern einfach mal mit der Pro Senectute zusammensitzen, schauen, was geht. Wir haben zuvor erfahren, dass wir 5'000 Franken für die *Hudigäggeler* gesprochen haben. Also würde ich jetzt hier nicht über die Kosten sprechen. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Gibt es noch weitere Wortmeldungen, bevor die Rednerliste endgültig geschlossen wird? Das ist nicht der Fall. Dann gehen wir über zur **Abstimmung** über die Überweisung des Postulats. Wer das Postulat von Noëmi Feitsma überweisen möchte, möge bitte jetzt die gelbe oder blaue Karte erheben. Danke vielmals. Wer es nicht überweisen möchte, möge bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Enthaltungen? Danke vielmals. Ich möchte die Stimmenzählerinnen bitten, mir das Abstimmungsergebnis vorzubringen.

://:

Sie haben das **Postulat** mit 15 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung **nicht überwiesen**.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8

Postulat von Christian Jucker, GLP, vom 30.9.2024, betreffend
Fernwärmeversorgung Dorfkern
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: Biljana Grasarevic, Geschäft 4753

Stephan Wolf, Präsident: Wegen Nichtentgegennahme findet die Rednerliste nach § 75 des Geschäftsreglement statt. Zuerst wird die antragstellende Person, also Christian Jucker, das Wort erhalten, anschliessend Gemeinderätin Biljana Grasarevic, bevor schliesslich die Fraktionssprecherinnen und -sprecher und die Rednerliste zum Zug kommen. In diesem Sinn erteile ich das Wort Christian Jucker.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Rat, sehr geehrte Anwesende. Grundsätzlich, ich glaube, das steht auch, in der Nichtentgegennahme ist schon viel passiert. Allein schon durch die Prüfung dieses Postulats wurde etwas ausgelöst und der Perimeter der Primeo wurde entsprechend erweitert. D. h., man hat schon sehr viel erreicht. Es ist anerkannt, es ist eine gute Sache. Wir haben einen Schritt vorwärtsgemacht. Jene Leute, die im Dorfkern Liegenschaften in der geschützten Dorfzone besitzen, haben nun wahrscheinlich eine Chance, angeschlossen zu werden. Leider verstehe ich aber nicht, weshalb man das Postulat nicht entgegennimmt. Nach meiner Meinung würde es Sinn ergeben, es nun schriftlich festzulegen, denn dann würde man die zwei Dinge, die hier wichtig sind, nämlich dass sich der Gemeinderat verpflichtet, die Kommunikation mit den Liegenschaftsbesitzern aufzunehmen, die sich dann zusammenschliessen können. Es braucht eine gewisse kritische Masse, damit sie dann wirklich angeschlossen werden, damit es wirtschaftlich ist. Das ist ein bedeutungsvoller Punkt, dass die Informationen eben vielleicht nicht so wie beim Feuerwerk sind, sondern dass sie gut gemacht und entsprechend die Leute auch motiviert werden, die Voranmeldungen vorzunehmen. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt, Frage zur AG Dorf ... – wie heisst es? – Arbeitsgemeinschaft Dorfkern oder auch die UVEK, die Umweltkommission, waren beide bis jetzt nicht involviert. Nach unserer Meinung wäre es wichtig, dass sie informiert sind, entsprechend dann den Finger draufhalten können, wenn die Planung ins weitere Detail geht. Wie erwähnt, darum erschliesst es sich mir in der Summe nicht, weshalb man das, was eigentlich geleistet wurde und eine gute Nachricht ist, nicht in eine Beantwortung dieses Postulats packt und es entsprechend dem Rat zurückgibt. Die Argumente, dass man es bis ins Jahr 2030 offen haben muss, sind mir nicht so wichtig. Nach meiner Meinung ist prüfen und berichten, und

es ist okay für uns, wenn der Gemeinderat den jetzigen Stand plus die Verbindlichkeiten, die festgelegt werden, also die Kommunikation und das Einbeziehen der Kommissionen, wenn dies in der Postulatantwort niedergeschrieben wird, dann wäre es gut für uns. So könnten wir dann auch jenen Bürgern, die sich bei uns gemeldet haben – wir haben uns das Postulat nicht einfach aus den Fingern gegessen, sondern es kamen Leute zu uns und sie haben das Bedürfnis und auch das Problem gemeldet – dann können wir damit zurückgehen und ihnen zeigen, dass die Gemeinde etwas für sie macht. Wenn wir es jetzt entsprechend nicht entgegennehmen, hat niemand etwas in der Hand, wir können in zwei, drei Jahren kein Follow-up vornehmen, wir haben keinen dokumentierten Aktionsplan von der Gemeinde und beginnen wieder von vorn.

Deshalb möchte ich den Rat doch bitten, das Postulat ordnungsgemäss zu überweisen, dann kann die Gemeinde die Arbeit, die sie bereits investiert hat, sauber dokumentieren. Und wir haben unseren Bürgern etwas zum Zeigen, dass der Einwohnerrat sinnvolle Dinge macht. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Christian Jucker. Ich gebe das Wort an Gemeinderätin Biljana Grasarevic.

Biljana Grasarevic, Gemeinderätin: Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzter Rat, Christian Jucker. Ich möchte noch einmal dasselbe betonen, einfach aus einer anderen Perspektive. Die heutige, eben definierte Grenzlinie des Fernwärmeverbunds im Bereich Dorfkern ist eben nicht als statische, sondern als dynamische Grenze zu sehen. Sie ist auf der Grundlage des heutigen Projektstands gezogen, bei der mir weder eine Baubewilligung für Fernwärmeheizzentrale noch Anschlussverträge für die Lieferung von Heizwärme vorliegen. Primeo ist, wie bereits erwähnt, bereit, den Perimeter zu erweitern und sämtliche Liegenschaften innerhalb der Dorfkernzone mit den genannten Vorgaben an den Fernwärmeverbund anzuschliessen. Die Erweiterung ist auch bereits auf der Homepage der Primeo publiziert und auch auf unserer Homepage.

Der zentrale Wunsch von Einwohnerrat Jucker, dass man die ganze Dorfkernzone versorgt, ist mit diesem Zusatz erfüllt. Wie Sie bereits erwähnten, der Aufbau des Fernwärmenetzes erfolgt eben nicht vor dem Jahr 2030. Entsprechend ist auch die Detailprojektierung der Erschliessung erst in ein paar Jahren zu erwarten. Dementsprechend ist auch der Einbezug zum jetzigen Zeitpunkt der UVEK oder auch der Arbeitsgruppe Dorfkern nicht gegeben. Es ist auch nicht möglich, dem Einwohnerrat innert Jahresfrist gemäss Geschäftsreglement Bericht zu erstatten, wenn Sie das Postulat wie gefordert entgegennehmen und nicht abschreiben würden.

Was wir beschlossen haben: Wir werden die Eigentümerinnen und Eigentümer schriftlich informieren, damit sie nicht bereits jetzt nach individuellen Heizlösungen suchen. Wir werden sie über die Absicht dieses Aufbaus des Verbundnetzes informieren und ihnen mitteilen, dass man sich bereits heute unverbindlich anmelden kann. Besten Dank.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Biljana Grasarevic. Möchte Christian Jucker noch einmal das Wort ergreifen, bevor ich die allgemeine Rednerliste starte? Das ist der Fall, dann gebe ich das Wort Christian Jucker.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Rat, liebe Biljana. So richtig stark waren nun die Argumente nicht, dass man es nicht überweisen sollte. Insofern denke ich, ich möchte bei meinem Antrag bleiben, dass man das Postulat überweist, ordnungsgemäss bearbeitet und entsprechend dokumentiert, dass man darauf zurückkommen könnte. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Dann gehen wir zur allgemeinen Rednerliste über. Zuerst die Fraktionssprecherinnen und -sprecher und anschliessend der Gesamteinwohnerrat. Ich möchte den 1. Vizepräsidenten, Mehmet Can, bitten, die entsprechende Rednerliste zu führen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Matthieu Dobler, Sie haben das Wort.

Matthieu Dobler Paganoni, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzter Präsident. Die SP würde auch dafür plädieren, das Postulat heute zu überweisen. Das grundlegende Anliegen ist aus unserer Sicht, aus planerischer, logistischer Sicht sinnvoll. Es ist auch umwelttechnisch sinnvoll, dass man erneuerbare Energien fördert. Wenn Nichtentgegennahme, würde es für uns eher symbolisieren, dass man jetzt diesem wichtigen Anliegen vielleicht nicht genug Gewicht gibt. Es ist auch ein Stück Nachdruck, eine Verbindlichkeit, vielleicht auch etwas, was es offizieller macht, dass man dann eben in ein paar Jahren gemeinsame, formellere Grundlagen hat, um die Detailplanung vorzunehmen. Ich

glaube, inhaltlich hat es in der Stossrichtung hervorragende Aspekte in der Antwort des Gemeinderats, mit der Wirtschaftlichkeit, auch mit der Bereitschaft der Primeo, es so zu planen. Dies möchten wir durchaus würdigen. Es ist sicher wünschenswert, dass es überwiesen wird, dann hat man für den verbleibenden Zeithorizont eine gemeinsame Grundlage. Und es gibt doch Aspekte, die eine gewisse Offenheit drin haben, unter anderem die Grenzlinie, die eben dynamisch ist. Das könnte auch bedeuten, dass es in den kommenden Jahren dynamisch wieder in eine andere Richtung geht. Ich glaube, wenn man hier ein klares Commitment hat, die Bereitschaft, es noch einmal zu verschriftlichen, dann wäre das wünschenswert. Insofern würden wir gerne das berechnigte Anliegen überweisen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Urs Poživil, Sie haben das Wort.

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. Wir denken, das Postulat hat beim Gemeinderat sicher einen guten Stein ins Rollen gebracht. Ich glaube, man hat auch erkannt, oder der Gemeinderat hat das Thema aufgenommen und man ist daran, dass die Gespräche geführt werden. Wir sind nichtsdestotrotz dafür – wir folgen eigentlich dem Gemeinderat – dass man Nichtentgegennahme macht. Ich will hier aber einen wichtigen, einen wirklich bedeutungsvollen Punkt hervorheben, der zuvor gesagt wurde, die Information an die Beteiligten. Ich glaube, es ist dabei wichtig, dass es irgendwie online immer dauerhaft ersichtlich ist, dass es diese Möglichkeiten gibt. Nicht dass man nun einfach hindurchgeht, überall einen Brief einwirft und gut ist, und denkt: Häkchen gesetzt und Job erledigt. Dies wäre dann eben genau falsch. Denn vielleicht gibt es auch Hauswechsel, was auch immer. Ich glaube, es ist wichtig, dass diese Information immer stets vorhanden ist, welche Möglichkeiten man hat. Dann können wir auch wirklich, da muss ich auch von der Fraktion aus und auch nach meiner persönlichen Meinung gesehen sagen, wir können es so dem Gemeinderat gut übergeben. Und wirklich, bleibt mit der proaktiven Information an den Anwohnern dran und auch proaktive Information – das ist ohnehin immer sehr gern geschehen vom Einwohnerrat, wenn wir auch hören, was ihr hier macht – dafür habt ihr ja das Info-Fenster. Denkt daran, proaktiv zu informieren und richtig zu kommunizieren. Wir haben heute auch schon andere Beispiele gehört. Merci vielmals.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Frau Grasarevic, möchten Sie die Wortmeldung? Ja? Sie haben das Wort.

Biljana Grasarevic, Gemeinderätin: Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzter Rat. Vielen Dank für diese Rückmeldungen. Einfach als Ergänzung: Wenn Sie auf die Homepage allschwil.ch gehen, ist es bereits aufgeschaltet. Unter Verwaltung / Fernwärme kann man es nachlesen. Ich werde mich einfach im Gemeinderat dafür einsetzen, damit es da auch stehenbleibt. Besten Dank.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Ich sehe, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Entsprechend wäre die Rednerliste wieder erschöpft.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Mehmet Can. Somit gehen zur **Abstimmung** über die Überweisung dieses Postulats. Wer das Postulat gerne überweisen möchte, der möge bitte jetzt seine Karte erheben. Danke vielmals. Wer es nicht überweisen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Enthaltungen? Ich möchte die Stimmzählerinnen bitten, mir das Resultat nach vorn zu bringen. So, das Abstimmungsergebnis liegt vor.

://:

Sie haben das **Postulat** mit 20 Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung **überwiesen**.

Sofern kein Ordnungsantrag gestellt wird, würde ich nun noch gerne das Traktandum 9 durchnehmen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 9

Motion von Christian Jucker, Hanna Kirchhofer und Matthias Häuptli, GLP,
vom 30.9.2024, betreffend

Einführung Tempo 30 beim Schulhaus Schönenbuchstrasse

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4755

Stephan Wolf, Präsident: Somit sieht die Rednerreihenfolge nach § 75 des Geschäftsreglements wie folgt aus, dass zuerst der Antragsteller, Christian Jucker, Hanna Kirchhofer oder Matthias Häuptli das Wort erhalten würde, danach Gemeinderat Philippe Hofmann, bevor dann anschliessend die Rednerliste zum Zug kommt. In diesem Sinne frage ich an: Wem der Antragsteller darf ich das Wort erteilen? Christian Jucker oder Matthias Häuptli? Dann gebe ich das Wort Christian Jucker.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Rat, sehr geehrte Anwesende. Ich versuche es nun mal als Ersatz für Hanna, die leider krank ist, entsprechend zu vertreten. Ich glaube, wir haben zuvor schon die Diskussion über die problematischen Verkehrssituationen geführt. Wir hatten damals aus der Antwort des Gemeinderats genau diese Situation beim Schulhaus Schönenbuch herausgenommen, weil in der Antwort des Kantons auch explizit steht, dass diese Situation noch kritischer, noch spezieller ist, als die anderen Situationen. Vielleicht muss man es sich auch wieder mal vor Augen führen, wie es dort aussieht. Es hat der Kanton einerseits noch den Veloweg auf die Strasse gelegt und dadurch die Parkplätze weggenommen. D. h. die Autos können nun mehr oder weniger geradeaus, bergab, ein 40-Tonnen-Lastwagen direkt auf den Pausenhof fahren. Das ist einfach kein Zustand. Gleichzeitig bestehen weiter unten die engen Platzverhältnisse der Kurve Richtung Dorfplatz mit insgesamt zwei Fussgängerstreifen, über welchen die Primarschüler gehen müssen.

Ich weiss nicht, ob die Verantwortlichen mal ausserhalb Allschwil z. B. im Ausland waren. Ich glaube, in jedem anderen Land dieser Welt sehen solche Positionen ganz anders aus. Wer mal in Japan war, weiss, dass dort noch etwa Sieben mit einem Fähnchen stehen würden und noch Lampen leuchten, blinken würden, und man das Auto schieben müsste. So muss es ja nicht sein. Aber nach unserer Meinung ist das wirklich eine Situation, die sich einfach klären lässt. Es kann nicht sein, dass man dort mit einem 50er Richtung Pausenplatz, Richtung Schule fahren darf. Das geht nach meiner Meinung und nach Meinung der Motionäre nicht mehr. Diese Zeiten sind vorbei.

In der Begründung zur Nichtentgegennahme wird immer wieder auch auf den Bundesgerichtsentscheid und die Initiative verwiesen. Beides hat keine aufschiebende Wirkung. Das stimmt so nicht. Man kann den Antrag nach wie vor stellen und dann kann man sehen, was passiert. Es geht um eine einzige Situation. Es geht nicht um Tempo 30 zur Lärmreduktion oder um ein ganzes Quartier zu beruhigen oder generell die Kantonsstrasse auf Tempo 30 zu drücken. Es geht um die Entschärfung rund um eine Primarschule. Ich glaube, dies sind für mich zwei ganz andere Schuhe, als wenn wir nun sagen, wir beruhigen den ganzen Dorfplatz, die ganze Schönenbuchstrasse, vielleicht noch Teile der Baslerstrasse oder was auch immer, mit einer Tempo-30-Zone. Dies ist eine andere Diskussion. Es geht darum, die Situation rund ums Schulhaus Schönenbuchstrasse, welche sich durch die Änderung des Velowegs nach meiner Meinung, aber eben, dazu fehlen mir natürlich die Fakten, die Diskussion folgt vielleicht, durch die Änderung im Veloweg dramatisch verschärft hat. Deshalb möchten wir, dass die Motion überwiesen wird und der Gemeinderat dann entsprechend die Anträge stellen kann, und wir sehen, ob jetzt der Bundesgerichtsentscheid oder die Initiative wirklich eine aufschiebende Wirkung haben, statt einfach vorauszuweisen und gehorsam zu sagen, es gibt ohnehin nichts. Es ist nach unserer Meinung ein wichtiges Zeichen. Die Situation ums Schulhaus ist entsprechend nicht geklärt und durch die Änderung des Velowegs verschlimmert. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Christian Jucker. Möchte Matthias Häuptli auch noch etwas sagen? Muss nicht, aber darf. Er schüttelt den Kopf. Dann gebe ich das Wort an Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Wahrscheinlich zum letzten Mal heute. Die Begründung der Nichtentgegennahme liegt vor, wurde auch schon erwähnt. Zu den Ausführungen von Christian Jucker gibt es noch zwei, drei Dinge zu sagen. Die Einführung oder die Verlegung dieses Velowegs, so wie sie vorgenommen wurde, ist entgegen der Meinung

der Gemeinde und meinem persönlichen Votum geschehen. Es wurde ein Augenschein vor Ort genommen. Der Kanton hat sich halt aufgrund seiner Strasse und seiner Zuständigkeit über unsere Bitten hinweggesetzt und getan, was er für richtig findet. Kernfahrbahn heisst das Wort der Stunde. In zehn Jahren machen wir wieder etwas anderes. Dass die Parkplätze in diesem Zug oben aufgehoben wurden, ist die Konsequenz. Auch dies wurde moniert, dass dort höhere Tempi gefahren werden. Ob es gemessen wurde, kann ich an dieser Stelle bislang nicht sagen. Dies wäre auch mal eine mögliche Anfrage.

Dann ist es aber so. Wenn man es nun weiterdenkt, die Parkplätze befinden sich oben im flachen Teil, ein wenig weiter hinten, von dort aus hätten Autos, wenn sie Gas geben, die Möglichkeit – wenn es nachher noch leicht in die Linkskurve, bevor es in die scharfe Rechtskurve runtergeht, muss man das Tempo ohnehin anpassen, damit Autos runterfahren können. An dieser Stelle zu sagen, mit Tempo 50 dort runterfahren – diese Zeiten seien vorbei. Eine solche Aussage ist vollkommen haltlos, da subjektiv. Das ist keine Argumentation. Sondern auch dort gilt es, darauf zu verweisen, wie ich es zuvor schon erwähnte, wir nehmen entgegen, wie gross die V85 ist, das sind nämlich 85 % der gemessenen Geschwindigkeiten auf dieser Strasse. Dann sehen wir nämlich, wovon wir sprechen. Wenn immer so die bösen 40-Töner in Erwägung gezogen werden, gebe ich auch zu bedenken, dass nämlich ganz böse, grüne 28- oder 29-Töner dort runterfahren, und dies alle sieben Minuten. Auch die haben eine gewisse Geschwindigkeit, das muss man einfach auch mal sagen, dass es nicht nur Lastwagen sind, sondern nämlich auch Busse der BVB, welche diese Strecke bedienen.

Man muss auch hier wieder sehen, es ist nicht so, dass es per se ein gefährlicher Zustand ist. Es sind wie komplexe Anforderungen bei einer Strassenkreuzung. Nur weil etwas komplex ist, heisst das nicht, dass es deshalb gefährlich ist. Ich weiss nicht, wie viele Hunderttausend Autos schon mal in den vergangenen Jahren runtergefahren sind. Es ist mir kein einziges Manöver bekannt. Nicht, als ich dort als Schüler unterwegs war, in keiner Weise. Ich weiss nicht, woher es kommt, dass man plötzlich sagt, es sei saumässig gefährlich, dass dort Autos oder Lastwagen hinunterfahren. Ich weiss nicht, ich kann es persönlich nicht nachvollziehen und ich kenne die Situation dort wirklich ausgezeichnet, aus dem Effeff, vielleicht weil ich dort selbst zur Schule ging. Sondern man müsste einfach mal schauen, woher kommt die Überzeugung, dass es dort etwas Spezielles sein muss, was woanders nicht gilt.

Und noch einmal, wir haben es doch zuvor klar gesagt und erwogen, was vor allem auch in der Nichtentgegennahme ist. Das ist auch die stringente Argumentation. Es wird doch vom Kanton immer noch geprüft, ob die Tempo-30-Massnahmen, die auf den Kantonsstrassen eingeführt wurden, überhaupt ergriffen werden können. Es macht doch keinen Sinn, dass man vor einem Gerichtsurteil beim Kanton stürmen geht oder etwas macht, er solle doch bitte auf seinem Grund und Boden etwas machen, für das gleichzeitig bei der gleichen Instanz eine Abklärung stattfindet, ob es überhaupt statthaft ist oder nicht. Das ist nicht zielführend. Sondern zielführend ist, dass man endlich mal die Initiative des TCS abwartet und schaut, was passiert. Dann ist es nämlich richtig. Das ist der einzig richtige, demokratisch legitimierte Vorgang, den wir hier machen, dann, wenn nämlich solche Tempo-30-Massnahmen in einer Gemeinde kommen, kommt es vors Volk. Wir haben hier in Allschwil auch über Tempo 30 abgestimmt, wir haben über die Parkraumbewirtschaftung abgestimmt. Es ist nichts als recht, dass schlussendlich das Volk es in der dann bestehenden Bestimmung macht.

Deshalb haben wir auch in dieser Antwort geschrieben, es macht keinen Sinn, schon gar nicht in einer Motion, dass man es überhaupt so umsetzen kann, wenn andere Entscheide – übrigens übergeordneter Natur kommunalen Rechts – gegenteiliger Entscheide sein werden. Deshalb ist der Gemeinderat weiterhin und absolut entscheidender Meinung, dass die Motion so nicht entgegengenommen werden kann, aus den Gründen, die wir oben erläutert haben. Danke vielmals.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Philippe Hofmann. Ich frage gleich Christian Jucker an, ob er noch etwas sagen möchte. Das ist nicht der Fall. Dann gehen wir nun zur allgemeinen Rednerliste. D. h. zuerst die Fraktionssprecherinnen und -sprecher und anschliessend der Gesamteinwohnerrat. Ich möchte den 1. Vizepräsidenten, Mehmet Can, bitten, die Rednerliste in diesem Sinn zu führen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Frau Iracema Tirant!

Iracema Tirant, SP-Fraktion: Geschätzter Rat, geschätzte Anwesende. Die SP unterstützt die Motion der GLP. Wir finden es trotz allem eine dringende Notwendigkeit, vor allem jetzt, da Tempo 30 beim Volk durchgekommen ist. Wir sind immer noch der Meinung, dass die Geschwindigkeitsbegrenzung die Reaktionszeit der Autofahrer erhöhen würde und trotzdem ein sicheres Umfeld für die Kinder schaffen würde, die an diesem Schulstandort zur Schule gehen. Auch wenn der Gemeinderat

empfiehlt, abzuwarten, ist es unserer Fraktion eigentlich wichtig, dass eben genau jetzt trotzdem gehandelt wird und ein Begehren an den Kanton gestellt wird. Danke vielmals.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Philippe Hofmann, Sie haben das Wort.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ja, besten Dank. Ich muss nur schnell auf dieses vorherige Votum eingehen. Auf dass, o-ton: «*[...], dass dann trotzdem gehandelt wird [...]*». Also noch einmal schnell zur Erklärung: Selbst wenn die Motion überwiesen werden sollte, kann man nicht handeln. Jedenfalls wir nicht, denn es ist eine Kantonsstrasse. Ich glaube, ich habe es zuvor schon 47 mal gesagt, es ist eine Kantonsstrasse. Wir haben zuvor in einem Gutachten gesehen, dass die Gegebenheiten höchstwahrscheinlich nicht gegeben sind. Es braucht auch eine Prüfung für das ganze Vorhandene. Die Illusion also, dass dann sofort gehandelt werden würde, muss ich leider hier nehmen. Das wird nicht so sein. Es ist nicht so, der Kanton kann nicht ... – ich sehe ... es wird nichts sofort stattfinden, selbst wenn die Motion überwiesen werden würde. Aber noch einmal, es macht keinen Sinn, dass man die Motion überhaupt entgegennimmt, denn, wie erwähnt, hat sich der Kanton a) negativ geäussert. Zweitens ist es ein übergeordnetes Gericht, welches entscheiden muss, was gemacht wird, ob es überhaupt zulässig ist oder nicht. Und drittens haben wir gesagt, unsere Praxis ist so, dass wir nirgendwo etwas machen wollen, was man wieder korrigieren müsste oder dem übergeordneten Gesetz widersprechen würde. Das machen wir einfach nicht. Das sind Argumente, die uns schlussendlich bewogen haben, dass wir das kommende Urteil abwarten müssen. Dieses schafft Rechtssicherheit. Dann haben wir die Möglichkeit.

Und, bitte lest doch den letzten Satz. Darin steht: «*Sollten sich die Voraussetzungen für die Einführung von Tempo 30 auf Kantonsstrassen – das ist der Punkt! – ändern, wird sich der Gemeinderat der Sache entsprechend annehmen.*» Es ist nicht so, es klingt vielleicht immer so, dass sich der Gemeinderat der Sache verweigert. Das ist nicht richtig, sondern wir sagen, aufgrund der aktuellen Rechtslage sehen wir die vorhandenen Möglichkeiten und diese schöpfen wir aus. Und das machen wir. Wir wollen auch nicht Arbeit für nichts generieren, sondern dann, wenn die Möglichkeiten vorhanden sind, packen wir es an und dann kommen solche Dinge wieder zur Abstimmung. Das ist ein sauberes Vorgehen ohne Leerlauf. Dafür stehe ich ein.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Zuerst hat sich Miriam Schaub gemeldet.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Ich versuche, es kurz zu halten, wir haben heute ja bereits über dieses Thema diskutiert. Alle Argumente wurden, glaube ich, bereits vorgebracht. Einfach noch einmal: Eine Initiative hat keine aufschiebende Wirkung. Einfach, damit es noch einmal festgehalten ist. Wir haben natürlich auch gerne von Philippe Hofmann das Argument dafür gehört, dass es die grünen 29-Töner auch betrifft. Wir wollen natürlich auch nicht, dass die mit 50 dort runterfahren. Im Sinn der Schulwegsicherheit bitten wir um Überweisung dieser Motion.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Mark Aellen, Sie haben sich gemeldet.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzter Rat, insbesondere geschätzter Gemeinderatsvertreter. Ich bin erstaunt, dass man so viel Energie aufwendet, um zu sagen, man hat im Einwohnerrat falsche Erwartungen, dass sofort etwas passieren würde. Wir haben die Erwartung, dass etwas geschieht, und zwar, dass der Antrag gestellt wird. Wir haben nicht die Erwartung, dass der Antrag unbedingt angenommen wird. Solange der Antrag nicht gestellt wird, haben wir auch keine Entscheidung. Bis wir den Antrag gestellt haben, ist es ein reines Mutmassen. Wenn eine Antragstellung derart viel Arbeit in Anspruch nehmen würde, wie wir sie jetzt schon investiert haben, um zu verhindern, wäre ich stark überrascht. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Frau Corinne Probst, Sie haben das Wort.

Corinne Probst, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Die Mitte-Fraktion hatte sich zuvor dafür eingesetzt, das Postulat von Noëmi Feitsma und Miriam Schaub mal stehen gelassen wird, ist aber dagegen, dass diese Motion überwiesen wird. Wir sind der Ansicht, dass die rechtlichen Grundlagen dazu wirklich nicht gegeben sind. Die Sachlage ist im Prinzip dieselbe, aber das Postulat kann man mal stehenlassen. Bei einer Motion müsste eigentlich innert sechs Monaten ein Bericht erstattet werden. Wenn wir davon ausgehen, dass die rechtlichen Grundlagen noch von einem Bundesgerichtsurteil abhängen, welches bis dahin wahrscheinlich noch nicht entschieden ist, gehen wir davon aus, dass die Motion gar nicht erfüllt werden kann. Demnach sind wir dafür, dass sie nicht überwiesen wird. Danke.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Ich sehe, es gibt ... – Entschuldigung, Herr Matthias Häuptli, Sie haben das Wort.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es stört mich, dass behauptet wird, die rechtlichen Grundlagen seien nicht gegeben. Es sind zwei Dinge, die in dieser Angelegenheit hängig sind, und beide haben mit dem Anliegen, das Gegenstand der Motion ist, nichts zu tun. Die eine betrifft die Beschwerden gegen die Tempo-30-Zonen auf Kantonsstrassen, die auf Antrag von vier Gemeinden im Leimental verfügt wurden. Dort geht es um Tempo-30-Zonen, die zur Verkehrsberuhigung eingeführt wurden und nicht aus reinen Sicherheitsgründen. Die andere ist die Geschichte um die Initiative vom TCS, die in Gottes Namen keine Vorwirkung hat. Sie wurde nun zwar als teilrechtsgültig erklärt, im Zweifel für die Volksrechte, wird dann zur Abstimmung kommen. Ob sie am Schluss dann auch tatsächlich Stand hält, kann sich noch in weiteren Gerichtsverfahren weisen. Es kann noch lang gehen, bis man überhaupt weiss, was mit dieser ist. Ob sie überhaupt angenommen wird, ist noch einmal eine ganz andere Geschichte. D. h. es ist etwas, was jetzt schlicht nicht für die Diskussion, die wir hier führen, relevant ist. Wir führen eine Diskussion um eine einzelne Strasse mit einer relativ heiklen Situation. Es ist eine Strasse, die Schönenbuchstrasse, die dort, wo sie am Schulhaus vorbeiführt, einspurig ist. Sie ist schmal, sie hat zwar ein Trottoir, sie ist kurvig, nicht wahnsinnig übersichtlich, sie führt im Gefälle runter, die Bremswege sind im Gefälle bekanntlich länger. Es wäre schlicht angemessen, dass man an diesem Ort, eine Geschwindigkeitsreduktion einführt. Dies und nicht mehr und nichts anderes will diese Motion. Ich sehe nicht ein, weshalb man sich dagegen sperrt. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Christian Jucker!

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte einfach nur noch schnell zu dieser formulierten Gesetzesinitiative, die zitiert wird, zur aufschiebenden Wirkung kommen. Es geht schlichtweg darum, dass man im Nachhinein, wenn man ein solcher Fall nach Annahme der Initiative macht, dann eine Volksabstimmung durchführen muss. Es gibt darin überhaupt keine rückwirkende Rechtswirkung oder in irgendeiner Form, dass dann bestehende Tempo-30-Anordnungen aufgehoben werden müssten. Dann könnte man immer, wenn es einen solchen Fall gibt, würde man wieder in eine Abstimmung gehen. Ich denke, wir haben nun den Rückenwind von der Bevölkerung, dass Tempo 30 in sinnvollen Einsatzgebiete auch angenommen wird. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Philippe Hofmann!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Rat. Es mag Mark Aellen erstaunen, dass man so viel Vehemenz reinlegt, aber ich mache das in allen meinen vorhandenen Geschäften, weil es schlicht der Auftrag des Gemeinderats ist, seine Überzeugung kund zu tun. Was zuvor gesagt wurde, wegen der Strasse, ob schmal, ob Trottoir, ob Gefälle. Das alles ist doch nicht relevant. Es ist überhaupt nicht relevant. Wir machen doch keine Einzelfallplanung zur Schönenbuchstrasse. Das ist nämlich – man muss in der Geschichte etwas zurückgehen – eigentlich das Einzige, was aus unserer ganzen Planung übriggeblieben ist, wo überhaupt Tempo 30 eingeführt werden könnte. Selbst dort, zum letzten Mal, auf Kantonsstrassen, hat der Kanton gesagt, wie es bis in der letzten Debatte bereits war, dass die dortigen Voraussetzungen höchstwahrscheinlich gar nicht gegeben sind. D. h. wir müssten ein Gutachten erstellen, wir müssten Prüfungen durchführen. Wir haben ja bereits die abschlägige Antwort.

Dass man nun gegen die abschlägige Antwort des Kantons, der seinerseits nicht willens ist, es dort installieren zu müssen, nun auf Biegen und Brechen trotzdem etwas machen will und alle Argumente anführt, von Zeiten, die vorbei sind, von Tempi, von Gefälle und von Strassen, die offenbar zu schmal sind, ohne dass man irgendwie eine Normierung reinbringen könnte oder eine VSS-Norm verletzen, ohne Berücksichtigung, dass zwei Fussgängerstreifen vorhanden sind, und dass es sogar beidseitig ein Trottoir gibt, ist nun einfach nicht sinnvoll. Deshalb muss man einfach sagen, die vorhandenen Voraussetzungen für Tempo 30 auf Kantonsstrassen sind aktuell nicht so, dass der Kanton es goutiert. Dementsprechend ist es einfach so, dass der Gemeinderat zur Überzeugung kommt, dass wenn die Grundlage nicht vorliegt, die Rechtssicherheit nicht vorhanden ist, wie wir es bereits nach einer Vorabklärung beschieden haben, es deshalb auch nicht opportun ist, es so zu fordern. Deshalb bitte ich um Nichtentgegennahme. Fertig.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Ich sehe, die Rednerliste ist erschöpft. Oder? Herr Matthias Häuptli, wollen Sie noch einmal?

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ja, ich habe mich gemeldet. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es ist einfach nicht wahr, dass der Kanton gesagt hat, die Voraussetzungen seien nicht gegeben. Der Kanton hat explizit gesagt, es sei aus seiner Sicht die einzige Örtlichkeit, wo es in Frage käme, und wahrscheinlich sei dort die Verhältnismässigkeit nicht gegeben. Dies aber aufgrund der Überlegung, dass man dort wahrscheinlich nicht so schnell fahren würde. Es ist überhaupt nicht so, dass der Kanton es geprüft hat, sondern es war einfach mal so eine erste Einschätzung, die man abgegeben hat. Dies soll man jetzt mal richtig prüfen. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Ich glaube, jetzt gibt es im Moment keine weiteren Wortmeldungen. Entsprechend ist die Rednerliste erschöpft.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Mehmet Can. Somit kommen wir jetzt zur **Abstimmung** über die **Überweisung** dieser Motion. Wer die **Motion 4755** von Christian Jucker, Hanna Kirchhofer und Matthias Häuptli, betreffend Einführung Tempo 30 beim Schulhaus Schönenbuchstrasse überweisen möchte, der möge bitte jetzt die gelbe oder blaue Karte erheben. Danke vielmals. Wer sie nicht überweisen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Enthaltungen? Ich möchte die Stimmentzählerinnen bitten, mir das Abstimmungsergebnis nach vorne zu bringen. Gut, das Abstimmungsergebnis liegt vor.

://:

Sie haben die **Motion** mit 19 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung **überwiesen**.

Stephan Wolf, Präsident: Es ist nun beinahe halb zehn Uhr. Bevor nun der Poltergeist seine Verstärkung holt, schlage ich vor, dass wir die Sitzung hier an dieser Stelle beenden. Ich danke euch vielmals, dass ihr gekommen seid. Laut dem Terminkalender finden die nächsten beiden Einwohnerratssitzungen am 18. und 19. Februar statt. Wobei das Büro zur gegebenen Zeit noch entscheiden wird, ob die Sitzung vom 18. Februar notwendig ist. In diesem Sinn schliesse ich für heute die Sitzung. Ich wünsche euch allen einen schönen Abend, gute Nacht. Herzlichen Dank.

ENDE DER SITZUNG 21.25 Uhr